Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

203 (31.8.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-455167

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 38,75 Mark, dazu 3,25 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 40,00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 126,00 Mark, monatlich 42,00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 2.00 M.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 2.00 Mk. berechnet, Familien-Anzeigen 1.50 Mk., für Anzeigen aus wärtiger Inserenten 3.00 Mk., Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 10.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Donnerstag, 31. August 1922 * Nr. 203

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Margarine und Dollar.

Zu diesem berüchtigten Thema bemerkt das „Berliner Tageblatt" in seiner gestrigen Morgenausgabe das Folgende:

Die letzte enorme Steigerung der Margarinepreise, die sich mit einem kühnen Schwung über alle bisher üblichen Maßstäbe der Preissteigerung auf diesem Gebiete hinwegsetzt, wird offenbar mit der Dollarbewegung motiviert. Aber wie auf so vielen Gebieten des Warenmarktes haben es auch die Margarinefabrikanten jetzt anscheinend aufgegeben, der Dollarbewegung zu folgen, sondern sie sind jetzt dazu übergegangen, der Dollarbewegung vorauszueilen. Indes ist überhaupt schon eine volle Anpassung keineswegs begründet, da nur die ausländischen Rohstoffe der Margarineindustrie im Ausmaß der Dollarsteigerung verteuert werden, während Löhne, Gehälter, Kohlen und Transportsätze weit hinter ihr zurückbleiben. Die Margarinefabrikanten sind aber noch erheblich über die Dollarparität hinausgegangen und haben die höchsten im freien Verkehr erreichten Spitzen der Dollarbewegung von 2400 Mark ihrer Preisfestsetzung zugrunde gelegt, obwohl zu diesen freien Verkehrskursen ganz geringfügige Beträge umgegangen waren, und auch kaum anzunehmen ist, daß ausgerechnet gerade die Margarinefabrikanten zu diesen mehr nominellen Panikkäufen ihren Rohstoffbedarf eingedeckt haben. Inzwischen ist der Dollar wieder auf 1600 und 1400 zurückgegangen, so daß nunmehr die Margarinepreise noch viel weiter über der Parität des Dollarkurses stehen. Wird jetzt ebenso prompt die Herabsetzung erfolgen, wie das vor einigen Tagen mit der Erhöhung der Fall war? Das Bedauerliche ist, daß durch den Margarinepreis auch der Preis für inländische Butter, die mit dem Dollar noch viel weniger zu tun hat, reguliert wird. Denn die Butterverkäufer setzen natürlich ihre Preise immer entsprechend über den Margarinepreisen fest. Viele Ladengeschäfte mit kleinem und mittlerem Kaufpublikum haben unter diesen Umständen überhaupt davon abgesehen, Butter zum Verkauf zu beschaffen, da sie das Risiko, daß die Butter zu den ungeheuer verteuerten Preisen keine Käufer findet, nicht eingehen wollen. Es zeigt sich immer mehr, daß eine Wuchergesetzgebung, die nur oder vorwiegend den Kleinhändler trifft, gar keinen Sinn hat. Die Kontrolle muß zugleich dort einsetzen, wo der Urgrund der Verteuerung liegt, nämlich bei der Produktion.

Soweit die zweifellos berechtigten Bemerkungen des genannten Berliner Blattes. Heute morgen ging uns nun ein Schreiben eines Wilhelmshavener Margarinefabrikanten zu, der in ihm die gestern durch uns mitgeteilte beschlossene Herabsetzung der Fabrikpreise in Abrede stellt und diese Preise wie folgt begründet:

„Ihre Auffassung ist irrig. Der Verband der Deutschen Margarinefabriken sah sich gezwungen, auf Grund des hohen Dollarkurses der letzten Woche, seine Notierung am Montag dieser Woche auf 240 Mark pro Pfund für die billigste Sorte zu erhöhen. Dieser Preis gilt für den Detaillisten, so daß dieser dann nicht unter 260 Mk. verkaufen kann. Da jeder Detaillist heute etwas Vorrat hat, um bei steigender Konjunktur nicht gleich den höchsten Marktpreis fordern zu müssen, so ist die Forderung der Fabriken von 240 Mark noch gar nicht zur Berechnung gekommen."

Zu dieser Zuschrift des Wilhelmshavener Margarine-Grossisten sei bemerkt, daß ihr Verfasser schlecht unterrichtet ist. Schon die Wendung, daß die Fabrikanten auf Grund des hohen Dollarkurses gezwungen seien, die Preise für dieses Futteraller Schlechtbezahlten riesenhaft erhöhen zu müssen, werden durch die obigen Bemerkungen des „B. T." ad absurdum geführt. Darüber hinaus verbreitet der Wolffsche Telegraphendienst die folgende Meldung:

„Aus Kreisen der Margarineindustrie wird mitgeteilt: Gegenüber verschiedenen Hinweisen auf die in den letzten Tagen sehr stark verteuerte Margarine muß festgestellt werden, daß die Fabriken bereits vor zwei Tagen beschlossen haben, den Preis für das Pfund der billigsten Qualität, entsprechend der Abwärtsbewegung des Dollars, auf 178 Mark herabzusetzen."

Daß also die Grossisten noch die überteuerten Preise der Fabrikanten rechtfertigen, will uns nach alledem keineswegs angebracht und berechtigt erscheinen. Uebrigens ist, wie eine neuere Berliner Meldung besagt, die Herabsetzung der hohen Preise durch das Eingreifen des Reichsernährungsministers veranlaßt worden, der mit Vertretern der Margarineindustrie in Verbindung trat. Auch soll eine Nachprüfung der (allgemeine Entrüstung heraufbeschworenen) Preise von Reichswegen erfolgen.

Seit der erfolgten Herabsetzung des Fabrikpreises ist nun aber der Dollar an zwei Tagen wieder sehr wesentlich gefallen. Bleibt aufs neue die berechtigte Forderung: Herunter mit den ungerechtfertigt hohen Margarinepreisen!

Die neue Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Von Friedr. Kleeis.

Unter den mannigfachen in den letzten Wochen ergangenen sozialpolitischen Gesetzen befinden sich auch zwei, welche die Wochenhilfe und Wochenfürsorge ausgestalten. Bisher war die Mutterschaftsfürsorge in einem Gesetz geordnet. Man hat nun daraus zwei gemacht, und zwar aus guten Gründen. Das eine, das Gesetz über die Wochenhilfe, bezweckt eine Aenderung der Reichsversicherungsordnung und regelt die einschlägigen Ansprüche der selbstversicherten Wöchnerinnen und der Familienangehörigen von Versicherten. Schon seit Einführung der Reichsversicherungsordnung bezeichnet man die Versicherungsleistungen an Wöchnerinnen als „Wochenhilfe". Das andere Gesetz, das über die Wochenfürsorge, regelt die Ansprüche der minderbemittelten Wöchnerinnen, die mit einer Krankenkasse gar nichts zu tun haben. Die Leistungen werden vom Reich getragen, wenn sie allerdings auch von den Krankenkassen zur Auszahlung kommen. Die Trennung der Gesetze bewirkt eine größere Uebersichtlichkeit in dem Aufbau der Reichsversicherungsordnung, denn es wird ausgeschieden, was nicht in diese hineingehört.

Aber nicht nur in der Form, auch in der Sache sind wesentliche Verbesserungen eingetreten. Wesentlich ist zunächst, daß für alle drei Gruppen von Wöchnerinnen, nämlich 1. die Selbstversicherten, 2. die Familienangehörigen von Versicherten und 3. die Minderbemittelten, die ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung erforderlich sind, in vollem Umfange von der Krankenkasse bereit gestellt und bezahlt werden muß. Bestehen zwischen einer Krankenkasse und deren Aerzten Streitigkeiten wegen Honorarangelegenheiten, so kann auf Antrag der Kasse das Oberversicherungsamt letztere ermächtigen, für die Wöchnerin statt der ärztlichen Behandlung einen baren Betrag bis zu 300 Mark zu gewähren.

Die sonstigen Aufwendungen bei der Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden und der Entbindung, besonders für die Hebammenhilfe und etwaige Heilmittel, werden nach wie vor grundsätzlich durch einen einmaligen Betrag abgegolten. Dieser beträgt für alle Gruppen der Wöchnerinnen auf 100 Mark. Findet keine eine eigentliche Entbindung nicht statt, zum Beispiel bei Frühgeburten, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 50 Mark zu zahlen. Abweichend von dieser grundsätzlichen Regelung kann der Vorstand der Krankenkasse allgemein beschließen, bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung freie Hebammenhilfe und freie Arznei zu gewähren. Führt eine Krankenkasse das für ihre Mitglieder ein, so gilt diese Einrichtung auch für die „minderbemittelten" Wöchnerinnen, denen die Kasse verlagsweise für das Reich Wochenfürsorge leistet. Die Wöchnerinnen haben natürlich ein Interesse daran, daß die Kassen diese volle Bezahlung der Hebammengebühren usw. übernehmen und es empfiehlt sich, bei den Kassen darauf hinzuarbeiten. Führt eine Kasse die Einrichtung ein, so ermäßigt sich dann die bare Beihilfe für alle Gruppe der Wöchnerinnen auf 100 Mark. Findet keine Entbindung statt, so ist kein Betrag zu zahlen.

Das Wochengeld hat eine Erhöhung erfahren. Für die Wöchnerinnen, die selbst Mitglied einer Krankenkasse sind, ist es so hoch wie das Krankengeld, beträgt also etwa die Hälfte des letzten durchschnittlichen Verdienstes. Niedriger wie 6 Mark täglich darf es jedoch nicht sein. Für die Familienangehörigen von Versicherten und die „Minderbemittelten" (die Gruppen 1 und 2 der Wöchnerinnen) beträgt das Wochengeld einheitlich 4½ täglich. Das Wochengeld ist auch für Sonntage zu gewähren. Die Bezugsdauer des Wochengeldes ist einheitlich auf zehn Wochen festgesetzt. Davon müssen mindestens 6 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig.

Solange die Mütter ihre Neugeborenen stillen, ist ein Stillgeld zu gewähren, jedoch längstens bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Die Kasse kann eine Bescheinigung von Hebamme oder Arzt darüber verlangen, daß die Mutter das Kind tatsächlich stillt. Für selbstversicherte Wöchnerinnen beträgt das Stillgeld die Hälfte des Krankengeldes, jedoch mindestens 8 Mark täglich. Für die anderen beiden Gruppen von Wöchnerinnen beträgt das Stillgeld einheitlich 8 Mark täglich.

Neben dem Wochengeld für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt. Auch sonst ist die Wochenhilfe nur einmal zu gewähren. Sollten mehrere Kassen zuständig sein, so steht der Wöchnerin die Wahl frei. Wechselt eine selbstversicherte Wöchnerin während der Leistung der Wochenhilfe die Kassenzugehörigkeit, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durchführung der

Noch keine Entscheidung in Paris.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Reparationskommission gestern gegen 4 Uhr zusammengetreten ist. Der deutsche Staatssekretär Schröder verlas das Memorandum der deutschen Regierung, welches telegraphisch eingetroffen war. Die Reparationskommission hat sich darauf auf heute vertagt, ohne irgendeinen Beschluß zu fassen.

Am Schlusse seiner Ausführungen bemerkte der deutsche Vertreter: Für die deutsche Regierung hat die Weiterverhandlung mit den deutschen Industriellen nur dann einen Zweck, wenn die Reparationskommission wenigstens einen Fingerzeig dafür geben kann, ob überhaupt Aussicht bestehe, daß man auf der Grundlage dieses Gedankens zur Gewährung des beantragten Zahlungsaufschubs bis Ende 1922 kommen kann. Man kann nicht verlangen, daß etwa jetzt schon feste Lieferungsverträge vorgelegt werden, ohne daß man weiß, wohin derartige Verhandlungen führen. Wenn die Reparationskommission der Ansicht sein sollte, daß der ganze Gedanke der Lieferungen nicht ausreiche, um den Zahlungsaufschub zu gewähren, so würde die deutsche Regierung nicht die genannten Industriellen zu Reisen und zu Einzelverhandlungen veranlassen. Es muß wenigstens eine Sicherung dafür gegeben sein, daß die Reparationskommission den Zahlungsaufschub für den Fall bewilligt, daß über die Einzelheiten noch eine Verständigung erzielt werden wird. Ich bitte daher die Reparationskommission, mir zunächst eine Antwort auf die Frage zu geben, ob der Gedanke der Lieferungsverträge geeignet erscheint, als Bedingung für einen Zahlungsaufschub zu dienen. Wird diese Frage verneint, dann hat die Verfolgung dieses Gedankens keinen Zweck; wird die Frage grundsätzlich bejaht, so können die Einzelverhandlungen mit den genannten Industriellen sofort aufgenommen werden.

Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, daß sofort zu diesem Zweck unmittelbare Verhandlungen zwischen den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte und den liefernden Syndikaten, vertreten durch die Herren Hugo Stinnes, Peter Klöckner, Lüyen und Silverberg unter Beteiligung der Reichsregierung aufgenommen werden und schlägt als Verhandlungsort Wiesbaden vor. Die Verhandlungen über die Lieferungen von Holz könnten sich dann unmittelbar an die Verhandlungen über die Kohlen anschließen, nachdem sie in entsprechender Weise durch Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Produzenten vorbereitet sind.

Staatssekretär Schröder beantwortete dann noch einige Fragen, die von Mitgliedern der Reparationskommission an ihn gestellt wurden.

Eine englische Stimme.

Wie aus London gemeldet wird, meint „Daily Chronicle", der französischen Drohung mit produktiven Pfändern könnten die Engländer sich nicht anschließen, da sie wüßten, daß das deutsche Finanzsystem dadurch zusammenbrechen würde und jede Hoffnung auf Reparationen für alle Zukunft zerstört wäre. England würde keiner Auffassung zustimmen, die einem Todesurteil gleichkomme.

Oberschlesien bleibt preußisch.

Am kommenden Sonntag wird in Oberschlesien darüber abgestimmt werden, ob das Land preußisch bleiben oder ein Land für sich bilden soll. Nun haben aber die Sozialdemokratie, die Demokraten, das Zentrum, die Volkspartei und die Deutschnationalen in einem Aufruf ihre Anhänger aufgefordert, für das Verbleiben des Landes bei Preußen zu stimmen. Es können mithin nur ganz vereinzelte Stimmen für die Trennung von Preußen abgegeben werden.

Eine neue Spitzelaffäre.

Aus München wird gemeldet: Die Polizei hat einen gewissen Vasquier, der sich seit Montag abend zu einem Essen der Pfälzer Landsleute im „Malteser-Bräu" Zutritt verschafft hatte, als einen französischen Spitzel verhaftet. Vasquier ist, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" dazu mitteilen, Mitglied der Rheinlandkommission. Die Polizei hat festgestellt, daß er sich in München weder angemeldet, noch sich die Genehmigung zum Aufenthalt eingeholt hat. Er wurde Dienstag dem Gerichte zugeführt. Bei der Vernehmung ergab sich, daß er aus Oppenheim im Unterelsaß stammt und vor dem Kriege Oesterle hieß.

Die Not der Presse.

Wie von einer Berliner Korrespondenz gemeldet wird, schweben, durch die hohe Steigerung der Papierpreise veranlaßt, Erwägungen bei den großen Tageszeitungen Berlins und der Großstädte, vom 1. Oktober ab zur einmaligen Tagesausgabe überzugehen und die meisten Zeitungen nur noch abends erscheinen zu lassen.

Die Preise für Zeitungen werden vom 1. September ab in Berlin bis 300 Mark monatlich betragen. So beim „Berliner Tageblatt". Der „Vorwärts" kostet 200 Mark. Das „Hamburger Fremdenblatt" kostet jetzt 210 Mark den Monat. Auch die Preise der Einzelausgaben sind bereits stark erhöht. So kostet die Einzelnummer der „B. Z. am Mittag" 6 Mark, die Nummer des „Hamburger Fremdenblattes" 8 Mark.

In Köln hat die Vorstandssitzung des Vereins rheinischer Zeitungsverleger beschlossen, angesichts der katastrophalen Lage des Zeitungsgewerbes die Bezugspreise vom 1. September ab um mindestens 150 Prozent zu erhöhen. Außerdem soll eine weitere Erhöhung der Anzeigenpreise stattfinden.

Die ungeheure Papierverteuerung zwingt die bisher zweimal erscheinenden Dresdener Tageszeitungen, vom 1. September ab nur noch einmal täglich zu erscheinen. Trotz dieser Maßnahme mußte auch der Bezugspreis noch erheblich erhöht werden. Etwa 20 mittelsächsische Zeitungen wollen sich infolge der Notlage der Zeitungen am 1. Oktober vereinigen. Die Zentrale soll in Glauchau liegen. Die Verhandlungen stehen bereits vor dem Abschluß.

Landesbibliothek Oldenburg

Leistung zuständig. Stirbt eine selbstversicherte Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum satzungsmäßigen Ende der Bezugszeit an denjenigen bezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt. An Familienangehörige (Gruppe 2 der Wöchnerinnen) ist die Wochenhilfe auch zu gewähren, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

Die Mutterschaftsfürsorge kann von den einzelnen Krankenkassen über das gesetzliche Mindestmaß ausgebaut werden. So kann die Kassensatzung die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf 13 Wochen, des Stillgeldes bis auf 26 Wochen erweitern. Für selbstversicherte Wöchnerinnen kann das Wochengeld auch dem Betrage nach erhöht werden. Die Kassensatzung kann Schwangeren, die der Kasse mindestens 6 Monate angehören, wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes zubilligen. Mit Zustimmung der Wöchnerin kann die Kasse, auch wenn sie das nicht in der Satzung vorgesehen hat, an Stelle des Wochengeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren, oder Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen stellen und dafür bis zur Hälfte des Wochengeldes abziehen.

Die Ansprüche sind vorzubringen von den Selbstversicherten und den Familienangehörigen bei den zuständigen Krankenkassen, von den Minderbemittelten (Gruppe 3) bei dem zuständigen Versicherungsamt. Letzterenfalls nimmt dieses Amt die erforderlichen Feststellungen vor und weist die Zahlung durch die Allgemeine Ortskrankenkasse an. Die Leistungen an Selbstversicherte müssen die Krankenkassen in vollem Umfange selbst tragen. Die an Familienangehörige (Gruppe 2) bekommen sie zur Hälfte erstattet, die an Minderbemittelte bekommen sie ganz zurück. Als „minderbemittelt" ist eine Wöchnerin anzusehen, wenn ihr und ihres Ehemannes steuerpflichtiges Gesamteinkommen, oder sofern sie allein steht, ihr eigenes steuerpflichtiges Einkommen im Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 15 000 Mark nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 1500 Mark. Man sieht, das Gesetz ist wohl ausgebaut worden, mit der rapiden Geldentwertung hat es aber doch nicht gleichen Schritt gehalten. Es bedarf schon wieder von neuem der Verbesserung.

Ein netter „Untersuchungsrichter".

Während der Zeit des Ministeriums Stegerwald wurde auf Betreiben rechtsstehender Kreise gegen den Landrat eines schlesischen Kreises ein Disziplinarverfahren angestrengt. Der „Vorwärts" weiß zu der Angelegenheit mitzuteilen, daß zum Untersuchungsrichter gegen den republikanischen Landrat von dem damaligen Innenminister Dominicus der Verwaltungsdirektor Kern in Breslau ernannt wurde und daß dieser noch immer seines Amtes waltet. Dieser Kern ist kein anderer, als der Vater des Rathenaumörders Kern. Kern sen. brachte noch dem Verbrechen seines Sohnes alle Photographien und Schriftstücke des Verbrechers beiseite, um die Verfolgung zu erschweren. Erst als die ganze Familie mit der Verhaftung wegen Begünstigung bedroht wurde, kamen die versteckten Photographien zum Vorschein. Mit Recht fragt der „Vorwärts": „Kann sich ein republikanischer Verwaltungsbeamter im Kampfe gegen seine reaktionären Verleumder einverstanden „unparteiischen" Untersuchungsrichter gefallen lassen?"

Die Rathenau-Mordsache.

Ueber den augenblicklichen Stand der Mordsache Rathenau wird gemeldet, daß nach Abschluß der Voruntersuchung sich die Akten beim Reichsanwalt zur Ausarbeitung der Anklagen befinden. Die Akten sind auf 80 Bände angeschwollen. Die Anklage wird vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer vertreten. Für die Angeklagten sind eine ganze Reihe Verteidiger zugelassen.

Ein Apostel der – „Wahrheit".

Der Münchener Kardinal Faulhaber scheint den Katholikentag dazu benutzen zu wollen, um sich bei der bayerischen Reaktion in ein besonderes Licht zu setzen. Nachdem er bei Eröffnung des Katholikentages über die Weimarer Verfassung den Stab gebrochen und die Revolution als Meineid und Hochverrat und mit dem Kainszeichen versehen bezeichnet hatte, leistete er sich bei der ersten öffentlichen Versammlung des Katholikentages eine Anpöbelung der Presse. Er stellte sich als Apostel der Wahrheit hin und erhob heftige Anwürfe gegen die Presse. „Hundertprozentige Wahrheit" verlangte er, wobei er aber nicht die gerade ihm nahestehende katholische Presse Bayerns im Auge hatte, sondern die „jüdische Presse Berlins" und ihre Münchener Berichterstatter. Und mit einem Hieb auf das Gesetz zum Schutz der Republik fügte er spöttisch bei: „Wir leben ja in der Zeit der Schutzgesetze, und da wäre es gut, wenn wir auch ein Schutzgesetz für die Wahrheit bekämen." — Mit einem solchen Gesetz für die Wahrheit könnte man einverstanden sein, namentlich wenn die Erzeugnisse bayuvarischer Hetze darunter fielen.

Stinnes hat das Wort!

Die täglich steigende Not im Zeitungsgewerbe hat den Verlag der „Tägl. Rundschau" gezwungen, seinen Redakteuren und dem Personal zu kündigen. In dem Wunsche, das Blatt zu erhalten, hat sich der Verlag an Hugo Stinnes gewandt. Im engsten Anschluß an den Nachrichtenapparat der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" soll der Versuch gemacht werden, die „Tägliche Rundschau" weiter erscheinen zu lassen.

Diese Angelegenheit ist typisch. Denn obwohl die „T. R." von jeher politisch rechts gerichtet war, so wird gerade an ihrem Schicksal dokumentiert, daß fortan nur noch das Großkapital die öffentliche Meinung beherrschen soll. Darum, Arbeiter: verlaßt Eure Presse nicht!

Dr. Wirth bleibt Außenminister.

Der Wolffsche Telegraphendienst teilt heute mit: Auf die vielfach in der letzten Zeit in der Presse erschienenen Anfragen wegen einer eventuellen Besetzung des Reichsministeriums des Aeußeren, das seit dem Tode Dr. Rathenaus vom Reichskanzler besetzt ist, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß weder die außenpolitische Lage noch innerpolitische Erwägungen es zurzeit wünschenswert erscheinen lassen, das Ministerium des Aeußeren anderweitig zu besetzen. Der Reichskanzler wird die Geschäfte des Auswärtigen Amtes, die mit der Besamtleitung der Politik in engster Beziehung stehen, auch weiterhin führen.

Gegen Teuerung und Wucher.

Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Braunschweig: Die hiesigen Staatsminister haben an den Reichsernährungsminister das Ersuchen gerichtet, schleunigst zu prüfen, welche Maßnahmen gegenüber der maßlosen Teuerung und dem Wucher zu treffen sind. Dem Wunsche der Landesregierung würde es entsprechen, wenn die diesbezüglichen Punkte spätestens auf der am 4. und 5. September in Hamburg stattfindenden Besprechung der Ernährungsminister erörtert würden.

Freischärler Roßbach.

Die Meuterei und Fahnenflucht des ehemaligen Leutnants Roßbach, der im Herbst 1919 mit der ihm unterstellten Truppe gegen ausdrückliche Anweisung der Regierung nach dem Baltikum durchbrach und nach dem Zusammenbruch des Abenteuers nach Deutschland zurückkehrte, um dort in seiner — inzwischen aufgelösten — „Arbeitsgemeinschaft" eine reaktionäre Kampftruppe zu schaffen, dürfte demnächst die mecklenburgischen Gerichte beschäftigen.

Der Prozeß hat ein eigenartiges Vorspiel: Während im Herbst 1919 die Reichsregierung bereits bemüht war, durch den General Eberhardt die im Baltikum stehenden deutschen Verbände zurückzuziehen, erfuhr sie, daß die in Kurlsee stationierte Sturmabteilung Roßbach nach dem Baltikum abzumarschieren beabsichtige. Der damalige Reichswehrminister Noske erteilte sofort den Befehl, die Sturmabteilung Roßbach nicht durchzulassen. Roßbach selber wurde angewiesen, eine weiter im Innern des Landes gelegene Garnison zu beziehen. Trotzdem brach Roßbach mit seiner Truppe auf. In getrennten Trupps marschierend gelang es dieser, den numerisch schwächeren Grenzschutz teils zu täuschen, teils zu überrennen. Die Memelübergänge hatte Roßbach vor der Reichswehr besetzt. Im Baltikum angelangt, erließ Roßbach eine Proklamation, die die Reichsregierung als Regierung der Entente beschimpfte.

Wenige Wochen später brach das baltische Abenteuer so gründlich zusammen, daß alle Truppen der Bermondt-Armee, der Roßbach sich angeschlossen hatte, vernichtet worden wären, wenn nicht auf Befehl der Entente die Letten ihnen freien Abzug bis 18. Dezember gegeben hätten. Der Leiter der deutschen Verhandlungskommission, Admiral Hoopmann, hatte von der Regierung Vollmacht, den deutschen Truppen, die von Anfang an bei Bermondt gewesen waren, Amnestie zuzusagen. Irrigerweise dehnte Hoopmann diese Vollmacht auch auf die Roßbacher aus, zumal diese erklärten, daß sie nicht zurückkehren würden, wenn nicht auch ihr Führer Amnestie erhielte. Die Reichsregierung betrachtete diese Zusicherungen des Admirals Hoopmann als eine Ueberschreitung seiner Befugnisse, wollte es jedoch bei dem einmal gegebenen Versprechen bewenden lassen.

Nun aber war ganz übersehen worden, daß das Amnestieversprechen an Roßbach ungültig war, da nach der seit dem 11. August 1919 in Kraft getretenen Reichsverfassung Amnestien eines Reichsgesetzes bedürfen. Der Versuch, ein solches Amnestiegesetz für die Baltikumer herbeizuführen, wurde von der Reichsregierung nicht unternommen, zumal bald darauf unter wesentlicher Beteiligung der Baltikumer der Kapp-Putsch losbrach. Eine landesgesetzliche Niederschlagung des Verfahrens kam im Falle Roßbach um so weniger in Betracht, als die Roßbachtruppe demobilisiert wurde und die mecklenburgische Landesverfassung eine Niederschlagung schwebender Verfahren nicht kennt.

Die Akten Roßbach lagerten längere Zeit bei den Militärgerichten, ohne daß etwas geschah. Nach Auflösung der Militärgerichte kamen sie an die Staatsanwaltschaft: Schwerin. Diese erkannte aus der Sachlage, daß eine rechtsgültige Amnestie für Roßbach nicht vorläge. Auf eine Anfrage an den jetzigen Reichsjustizminister Dr. Radbruch erwiderte dieser, daß ein Amnestiegesetz für Roßbach auch nicht in Frage käme. So ist denn nach der Rechtslage die Staatsanwaltschaft verpflichtet, das Verfahren gegen Roßbach fortgehen zu lassen. Nach dem hier anzuwendenden Militärstrafgesetzbuch stehen auf die Handlungen Roßbachs sehr schwere Strafen, die u. E. einen Haftbefehl gegen Roßbach vollauf rechtfertigen würden.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Aus Frankreich wird durch Wolff unterm gestrigen gemeldet: Die vom kommunistischen Gewerkschaftsverband ausgegebene Streikparole ist im nördlichen Bergwerksdistrikt beinahe ausnahmslos befolgt worden. Auch in den Fabriken von Hautmont, Maubeuge und St. Amour sind zahlreiche Arbeiter ausständig. In Roubaix wird in 100 industriellen Fabriken teilweise gestreikt, in 60 Fabriken vollständig. In Tourcoing ist der Ausstand so gut wie vollständig. In Lyon sind, da eine Anzahl von Arbeitern in den Metallfabriken nicht zur Arbeit erschienen, die Fabriken von den Direktoren geschlossen worden. Am Nachmittag kam es zu Kundgebungen, wobei ein Zusammenstoß mit der Polizei erfolgte. Mehrere Polizeibeamte wurden verwundet und vier Personen verhaftet.

Die Streikbewegung in Paris hat keinerlei Störungen nach sich gezogen. Die Stadt wurde wie gewöhnlich mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgt. Eisenbahn, Untergrundbahn und Trambahn hielten ihren Dienst aufrecht. In Le Havre wurden die drei Opfer der Straßenkämpfe bestattet, welches ebenfalls ohne Störung vonstatten ging.

Abrüstungsfragen in Rußland.

Die russische Handelsdelegation in London erklärte, daß die Moskauer Regierung einen detaillierten Plan für die Abrüstung an den Grenzen der Randstaaten eingereicht habe. Der russische Plan sieht eine Verminderung der Streitkräfte um 50 Prozent vor. Die Sowjetregierung hat gegenwärtig 1¼ Million Mann unter den Waffen und erklärt sich bereit, diese Macht auf 600 000 Mann herabzusetzen, vorausgesetzt, daß die Randstaaten ihre Streitkräfte in der gleichen Weise verringern. Eine Klärung darüber soll auf einer Konferenz der Randstaaten stattfinden.

Arbeit für deutsche Abwrackwerften?

Aus London wird berichtet: Im Einklang mit den Washingtoner Abmachungen hat die britische Admiralität sechs große Kampfkreuzer für den Abbruch bestimmt. Dies sind die Schlachtschiffe Lion, Prinz Royal, Orion, Conqueror, Monarch und Erin. Diese Schiffe haben alle im Weltkriege im Kampf gestanden. Die großen Geschütze sollen mit den Schiffen zum Verkauf gelangen.

Politische Rundschau.

Aufhebung eines Tendenzurteils. Der Hauptschriftleiter Goitsch von der deutschnationalen „Schlesischen Tagespost" in Breslau war im April dieses Jahres von der Strafkammer des Landgerichts Breslau von der Anklage der Beleidigung des Ministers Severing freigesprochen worden, nachdem das Amtsgericht ihn vorher zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt hatte. Goitsch hatte im Zusammenhang mit dem Verbot der irregulären Selbstschutzorganisationen die Politik des Ministers Severing als „leichtfertig, ja gewissenlos" bezeichnet, und die Strafkammer hatte diese Art der Kritik für straffrei erklärt, weil dies das allgemeine Urteil der Oeffentlichkeit über Severing sei, das bereits feststünde. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hat jetzt das Oberlandesgericht in Breslau das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache zu anderweitiger Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Die freisprechende Strafkammer ist inquisiten infolge einer Aenderung des Geschäftsplans aufgelöst worden.

Lohn- und Leistungszulage-Forderungen. Der Arbeitgeberverband im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe hat den Schiedsspruch, der eine 40prozentige Erhöhung der Juli-Gehälter für den Monat August vorsah, abgelehnt. Die Angestellten sind gewillt, den ihnen aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und werden am heutigen Donnerstag zu dieser Situation Stellung nehmen.

Der Verband der Polizeibeamten Preußens hat an den Minister des Innern eine Eingabe zum Gewährung einer Leistungszulage gerichtet. Die erbetene Zulage soll 14 000 Mark betragen.

Bayern und das Reich. Nach der „Münchener Post" ist Reichsjustizminister Dr. Radbruch mit dem Oberreichsanwalt in München anwesend gewesen. Nach den eigenen Mitteilungen Dr. Radbruchs handelte es sich darum, die nach Aufhebung der bayerischen Notverordnung nötigen Maßnahmen gegenüber Verfehlungen gegen das Republikschutzgesetz mit größtmöglichster Beschleunigung zu treffen.

„Bund der Polen in Deutschland". Gestern hat in Berlin eine Konferenz der in Deutschland tätigen polnischen Organisationen stattgefunden. Die Konferenz beschloß die Bildung eines einheitlichen „Bundes der Polen in Deutschland", sowie eines polnischen Bildungsvereins und setzte die Statuten der beiden neuen Organisationen fest. Zum Vorsitzenden des Bundesvorstandes wurde Herr Sierakowski aus Ostpreußen gewählt.

Wiener Zeitungspreise. Aus Wien wird gemeldet: Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Papierpreise und aller anderen Preiserhöhungen erhöhen die Wiener Zeitungen vom 1. September an den Preis für das Morgenblatt auf 550, Sonntags auf 750 Kronen und den Preis für ein Abendblatt auf 120 Kr.

Politische Notizen. Die Erhöhung der Personentarife bei der Reichsbahn wird zum 1. Oktober und zum 1. Dezember vorgenommen. Sie wird mindestens 60 Prozent betragen. — Aus Rom wird gemeldet, daß das Projekt einer Zollunion zwischen Italien und Oesterreich gescheitert sei. — Wie aus Genf gemeldet wird, bestätigt es sich, daß Lloyd George den Plan gefaßt habe, nach Genf zu gehen, um selbst in der Sitzung des Völkerbundes das Wort zu ergreifen. Er soll beabsichtigen, die Frage der Abrüstung anzuschneiden und seine Ideen bekanntzugeben. — Der deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag, der bis zum 2. Oktober dauert, ist am 30. August in Stuttgart eröffnet worden. — Der Landarbeiterstreik auf der Insel Fehmarn ist beendet, die Arbeit ist überall in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. — Gelegentlich eines Vortrages über die Tannenberg-Schlacht wurde in Leipzig der General v. Francois von einer Menge mißhandelt. — In Kiel wurde die Hauptversammlung des 59. Deutschen Genossenschaftstages eröffnet. Anwesend waren neben Vertretern von Reichs-, Staats-, Provinzial- und städtischen Behörden weit über 500 Delegierte.

Oesterreichs Not.

Aus Wien wird uns geschrieben: Zum zweitenmal jährt sich bald der Tag, an dem die christlich soziale Partei ihren großen Wahlsieg errang, nachdem sie den indifferenten Teilen des Volkes eingeredet hatte, daß die christlich soziale Partei allein das Vertrauen des Auslandes genieße und daß die Partei nach Beseitigung der „sozialdemokratischen Regierung" alles tun werde, um das Ausland zu bewegen, Oesterreich mit Krediten beizuspringen. Wenn die Christlichsozialen ans Ruder kämen — so hieß es —, dann würde die Krone steigen.

Was sehen wir heute? Die Krone fällt von Tag zu Tag. 100 Kronen sind heute in der Schweiz nur noch einen halben Rappen wert. Die Preise steigen. Ein Laib Brot 6000 Kronen! Eine Straßenbahnfahrt 1000 Kronen! Von den versprochenen Völkerbundskrediten aber ist noch immer nicht die Rede. Der englische Vorschuß auf diese Kredite ist aufgezehrt. Von den versprochenen tschechischen Vorschuß erst ein Teil ausbezahlt. Der italienische Vorschuß — versprochen, aber nicht ausbezahlt. Greifbar nahe sieht man schon den Tag, wo man für österreichische Kronen im Ausland überhaupt nichts mehr kaufen kann, wo der russische Hunger bei uns einzieht.

Vor diesem Augenblick zittern wir alle Tage. Das Bürgertum freilich hat jetzt noch zu leben. Lange hat es geglaubt, die Katastrophe werde es nicht berühren. Die bürgerlichen politischen Parteien haben geglaubt, aus der Katastrophe, in der sie die Arbeiterschaft niederschlagen und der revolutionären Errungenschaften berauben konnten, mit vermehrter Macht hervorzugehen. Die Monarchisten hoffen noch jetzt, daß die ungarischen Banden, wenn sie eines Tages einmarschieren, die revoltierenden Massen niederwerfen und auf den Trümmern Wiens die Herrschaft der Habsburger wieder etablieren werden. Und die Kapitalisten haben sich schon ausgemalt, wie dann Oesterreich aufgeteilt werden wird. O, sie sind gute Deutsche, diese Herren! Sie können den Augenblick nicht erwarten, wo sie unter nationalen Fremdherrschaft die Arbeiter leichter ausbeuten können. Allein ab und zu erfaßt sie doch ein gelinder Schauer, wenn sie an diese herrliche Katastrophe denken. Sie wissen, daß dem Einmarsch der fremden Truppen der Bürgerkrieg vorausgeht und daß nach dem Einmarsch Oesterreich das Schlachtfeld im Kampf um die Aufteilung werden wird.

Aber so sehr die Bourgeoisie das Ende mit Schrecken voraussieht, sie ist doch nicht geneigt, dem Schrecken ohne Ende ein Ende zu machen. Das Bürgertum will weder auf seinen gewohnten Luxus verzichten, noch wollen seine politischen Parteien den besitzenden Klassen Opfer auferlegen. Seit zwei Jahren hat die Finangkunst der christlich-sozial-großdeutschen Regierung die besitzenden Klassen ängstlich geschont und alle sozialdemokratischen Anträge auf stärkere Besteuerung der Besitzenden abgelehnt. Sowohl bei der Vermögensabgabe als bei der Steuerreform, wie zum Schluß bei der neuen Anleihe ist die Majorität über halbe Mittel nicht hinausgekommen. Trotz aller sozialdemokratischen Warnungen hat man seine ganze Hoffnung auf die versprochene Hilfe der Entente gesetzt und jedes Vierteljahr fuhr irgendjemand in eine der Hauptstädte der Sieger. Leider umsonst.

So wird es auch dem Bundeskanzler Dr. Seipel gehen, der nun ebenfalls eine Bettelfahrt nach Prag und Verona unternommen hat. Daß er dabei auch einen Abstecher nach Berlin machte, hat keinen andern Grund als den, die großdeutschen Bundesgenossen etwas zu beruhigen, da sie sonst über die Fahrt nach Prag zu ungehalten wären. Aus Prag und Verona wird Herr Dr. Seipel nichts anderes heimbringen, als einige Milliarden aus den längst versprochenen Krediten.

Ist von der Entente also keine Hilfe zu erlangen, dann muß Oesterreich aus eigener Kraft seine Finanzen in Ordnung bringen. Das ist aber nur möglich, wenn mit der Schonung der besitzenden Klassen endlich Schluß gemacht wird. Die bürgerlichen Parteien haben schon längst die Sozialdemokraten angeklagt, daß sie ihnen (den bürgerlichen Parteien) allein die Sorge für die Rettung des Staates überließen und in der Stunde der Not abseits stünden. In der außerordentlichen Konferenz, die die Abgeordneten mit den Vertretern der Gewerkschaften und den Genossenschaften abhielten, wurde den Bürgerlichen geantwortet: Die Sozialdemokraten sind bereit zu einer zeitweiligen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien in einer Konzentrationsregierung, um Oesterreich vor der Katastrophe zu retten. Sie lehnen aber die Mitverantwortung ab, wenn mit der bisherigen Finanzwirtschaft der bürgerlichen Parteien nicht Schluß gemacht wird.

Nun schreit die bürgerliche Presse über Terrorismus und redet von einem Versuch der Diktatur. Allein wenn der Bundeskanzler heimkehrt, wird bei den bürgerlichen Parteien wohl die Vernunft einkehren und sie werden erkennen, daß eine Katastrophe nur vermieden werden kann, wenn die Forderungen der Sozialdemokraten erfüllt werden. Ringt sich diese Erkenntnis bei den bürgerlichen Parteien durch, dann ist die Sozialdemokratie bereit, in die Regierung einzutreten. Ist das nicht der Fall, dann wird sich das Verhängnis vollziehen und Oesterreich wird zugrunde gehen. Die bürgerlichen Parteien tragen eine schwere Verantwortung, wenn sie noch länger zögern.

Mittagskurse.

	31. August	30. August
Amerikanischer Dollar	Mk. 1750	Mk. 1180
Holländischer Gulden	„ 685	„ 440
Englisches Pfund	„ 7700	„ 5000
Dänische Krone	„ 380	„ 235

Landesbibliothek Oldenburg

Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

II.

Die dann erfolgende Wahl des Ausschusses und der besoldeten Vorstandsmitglieder vollzog sich reibungslos. Die von der Filiale Stuttgart, die bisher schon den Ausschuß stellte, vorgeschlagenen Ausschußmitglieder wurden gewählt. Müntner als erster, Becker als zweiter Verbandsvorsitzender wurden gegen ein paar wenige Stimmen, Hauptkassierer Ruppert wurde einstimmig, Sekretär Stetter gegen etwa 30, Sekretär Schulz gegen etwa 50 Stimmen, gegen etwa die gleiche Stimmenzahl auch der Redakteur Dittmer wiedergewählt. Damit ist der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt; ein Ausdruck des Vertrauens auch für seine Tätigkeit in der Vergangenheit. Die Wahl erfolgte per Akklamation, da keine neuen Personen vorgeschlagen waren. Als von der Berliner Delegation einhellig vorgeschlagene unbesoldete Hauptvorstandsbesitzer wurden einstimmig und per Akklamation gewählt: Borck, Eltz, Hepprich, Moldmann, Krüger, Kamin; als Ersatzleute Jüdes, Fischer, Schmoldt, Mai, Kerschunke, Sakowski, sämtlich aus Berlin. Die bisherigen Verbandsrevisoren wurden wiederbestätigt.

Eine von der Statutenberatungskommission empfohlene Gehaltsvorlage für die Verbandsangestellten wurde angenommen.

Für die Angestellten und nichtbeamteten Funktionäre des Verbandes wurde eine Ruhegehalts- und Hinterbliebenen-Unterstützungskasse beschlossen. Ein mit reichem Material ausgestattetes Referat des Verbandsvorsitzenden Müntner über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beleuchtete unseres Landes außerordentlich bedrängte wirtschaftliche und politische Lage als eine Folge des Krieges und des sogenannten Friedensvertrages von Versailles. Einstimmig wurden Resolutionen angenommen, die nach außen hin ein Hinwirken auf eine engere internationale Zusammenarbeit der Völker, nach innen hin die schnelle Rückkehr zur gebundenen, zur Zwangswirtschaft insbesondere auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes und in der allgemeinen Produktion (vorangehend in den Unternehmungen des Bergbaues), der Energieerzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der Eisenproduktion, des Bank- und Versicherungswesens, des Großgrundbesitzes, der Forsten, des Kranken- und Gesundheitswesens) den Uebergang aus der kapitalistischen Profitwirtschaft zur sozialistischen Bedarfs- und Gemeinwirtschaft verlangen. Einstimmig auch folgende, auf Frankreich und die besetzten Gebiete bezügliche Resolution:

„Die französischen Bestrebungen, die Rheinlande und das Saargebiet vom deutschen Reiche zu trennen, treten immer schärfer hervor. Der 9. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die offenen und verschleierten Annexionsbestrebungen Frankreichs. Der Kongreß appelliert an die Arbeiterschaft der ganzen Welt, die deutschen Arbeiter in ihrem Kampfe für die Einheitsrepublik zu unterstützen. Die geplante Zollgrenze würde das Wirtschaftsleben im Rheinlande stark gefährden. Die Leidtragenden wären in diesem Falle wieder die gesamten Arbeitnehmer Deutschlands. Wir appellieren an die internationale Arbeiterschaft, daß sie die deutschen Arbeiter mit aller Energie im Kampfe für die Erhaltung der deutschen Einheitsrepublik unterstützt."

Von einem Delegierten Oberschlesiens wurde dargelegt, daß durch das Genfer Diktat Oberschlesien zwar zerschnitten worden ist, daß aber seine Arbeiter auch in den abgetrennten Gebieten sich nicht abtrennen lassen würden von ihrer geistigen Zusammengehörigkeit mit Deutschland und seinen Gewerkschaften.

Ein eingehendes Referat des Redakteurs Dittmer führte zur Annahme eines Programms zu systematischer Bildungsarbeit. Es enthält als Aufgabe auch die Bekämpfung des übermäßigen Genusses von Alkohol und Nikotin, besonders auch bei den Jugendlichen. Die Betriebsräte werden verpflichtet, auf einwandfreie hygienische Einrichtungen (Bäder usw.) und ihre regelmäßige Benutzung hinzuwirken. Die Errichtung von Ferienheimen soll erstrebt werden. Dem Vorstand wurde Vollmacht gegeben zur Erhebung eines Kulturbeitrags von den Mitgliedern oder Filialen. An die Parlamente der einzelnen Freistaaten soll der Antrag gestellt werden, nach dem Muster Badens Mittel zur Durchbildung der Betriebsräte zur Verfügung zu stellen. Eine Reihe von Anträgen zum Bildungswesen wurde dem Vorstand als Material überwiesen.

Durch weitere Beschlüsse begrüßt der Verbandstag die Stellungnahme des Leipziger Gewerkschaftskongresses in bezug auf die Schaffung großer Industrieverbände und verlangt nachdrückliche Unterstützung aller dahingehenden ernsthaften Versuche. Vom Reichsarbeitsminister wird erwartet, daß er getreu seinen auf dem Gewerkschaftskongreß gesprochenen Worten: „An dem Achtstundentag darf nicht gerüttelt werden", den Bestrebungen auf Abschaffung des Achtstundentages in den Kranken- und Pflegeanstalten ein Ziel setzt.

Gerichtliches.

Schwurgericht.

—e. **Oldenburg**, 28. August.

Als Geschworene für das am 25. September beginnende Schwurgericht wurden folgende Personen ausgelost:

1. Onken, Friedrich, Fabrikant in Zetel,
2. Meyer, Gottfried, Zeller in Mühlen,
3. Bartelmes, Wilhelm, Büchsenmacher in Rüstringen,
4. Sootmeyer, Johann, Kaufmann in Damme,
5. Haverkamp, Wilhelm, Klempnermstr. in Oldenburg,
6. Wiegreffe, Wilhelm, Hausmann in Rehorn,
7. Christians, Alit, Landwirt in Benlestede (Jever.),
8. Sandkuhl, Friedrich, Vollmeier in Kleinenkneten,
9. Brüntjen, Diedrich, Hausmann in Ohrwege,
10. Betjen, Johann, Schmied in Westerscheps,
11. Hackmann, August, Kaufm. in Hemmelte b. Löningen,
12. Harms, Bernhard, Bäckermeister in Rüstringen,
13. Luks, Gerhard, Landwirt in Ocholt,
14. Siems, Johann, Kaufmann in Aden,
15. Blanke, Adolf, Landwirt in Dangast,
16. Kollhoff, August, Kaufmann in Wildeshausen,
17. Wilken, Diedrich, Landwirt in Bokel,
18. Sommer, Karl, Brinksitzer in Varrel,
19. Mehrens, Gerhard, Landmann in Ohmstede,
20. Bogemann, Adolf, Kaufmann in Delmenhorst,
21. Bakenhus, Hinrich, Maurermeister in Eversten,
22. Irps, Adolf, Dreher in Rüstringen,
23. Bophanken, Georg, Landmann in Wechloy,
24. Kottenbrink, Johann, Malermeister in Eversten,
25. Meyer, Wilhelm, Holzwärter in Hengstlage,
26. Bade, August, Kaufmann in Rüstringen,
27. Tiarks, Elimar, Kaufmann in Rüstringen,
28. Jung, Max, Installateur in Jever,
29. Halboth, Bernhard, Theatermaler in Oldenburg,
30. Dirks, Gerhard, Landmann in Nordergarms (Jever.).

•

Die Auslosung der Geschworenen, wie wir sie hier sehen, zeigt durchaus kein anderes Bild wie früher. Man versteht sich höchstens dazu, einige Personen aus den erwerbstätigen Schichten als Paradestücke hinzuzunehmen. Eine Aenderung dürfte erst eintreten, wenn die kommende Justizreform mit dem jetzigen Zustande, daß die Auslosung dem Landgericht überlassen bleibt, Schluß macht. Erst dann kann man hoffen, daß der Klassencharakter der Schwurgerichte und eine dementsprechend orientierte Rechtsprechung ausgeschaltet wird.

Strafkammer in Aurich. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.) Sitzung vom 29. August. Aus der Haft vorgeführt werden die hemaligen Matrosen Tischler Alois Wysniewski aus Glabbek und Kaufmann Heinrich Lengraf aus Duisburg. Wysniewski werden 13 Einbrüche, Lengraf 5 Einbrüche mit Wysniewski zusammen vom Juli 1917 bis Januar 1918 in Wilhelmshaven zur Last gelegt. Wysniewski gibt 6 Einbrüche zu. Lengraf alle fünf. Gegen Wysniewski wird die Verhandlung vertagt, soweit die von ihm bestrittenen Einbrüche näher aufzuklären sind. Es wurden verurteilt Wysniewski wegen 6 Einbrüche, Lengraf wegen 5 Einbrüche im Rückfalle zu je 3 Jahren Gefängnis.

Schöffengericht Wilhelmshaven vom 25. August. Bei einer Haussuchung waren bei dem Werftarbeiter T. in Hohenaar verschiedene Sachen gefunden und beschlagnahmt, welche anscheinend dem Minendepot gestohlen waren. T. war des Diebstahls beschuldigt. Die Verhandlung wird vertagt. — Der Schiffbauer Johannes Sch. in Rüstringen war angeklagt, einen Polizeibeamten mit der Faust ins Gesicht geschlagen und öffentlich beleidigt zu haben. Für beide Straftaten erkennt das Gericht auf 1500 Mk. Geldstrafe, ausholsweise für je 100 Mark 1 Tag Gefängnis. Publikationsbefugnis in der „Wilhelmshavener Zeitung" wird dem Beleidigten zugesprochen. — Bei einer Revision war bei dem Kaufmann W. hier unverzollter Rauchtabak und bei dem Kaufmann J. nicht genügend verzollte Zigaretten gefunden. W. wird mit 864 Mk. evtl. für je 150 Mark 1 Tag Gefängnis, J. zu 75 Mk. evtl. 1 Tag Gefängnis und Einziehung des Tabaks und Zigaretten bestraft. Der bereits erlassene Strafbefehl wird eingerechnet. — Die Arbeiter C. und W. hatten in mehreren Trinkhallen und in einem Gemüseladen Schokolade, Talg, Margarine, Eier und dergl. gestohlen und zum Teil an die Händlerin Frau Anna L. hier verkauft. C. und W. sind bereits abgeurteilt, dagegen wird gegen die Händlerin L. wegen Hehlerei verhandelt. Sie wird freigesprochen. — Sitzung vom 29. August. Wegen Gewerbevergehens war gegen den Hotelwirt K. hier Anklage erhoben, weil er seinen Konditorgehilfen des Sonntags beschäftigt hatte. K. wird zu 100 Mk. evtl. 1 Tag Gefängnis verurteilt. — Der frühere Schutzpolizist Wilhelm D., hier in Untersuchungshaft, wird beschuldigt, seinem Kollegen das Fahrrad gestohlen zu haben. Dasselbe stand in dem gemeinsam benutzten Wohnzimmer. Für 3000 Mark hat er es verkauft. Außerdem hat er einem anderen Kollegen, der nach auswärts kommandiert war, dessen Schrank erbrochen und einen Anzug daraus gestohlen. Wegen einfachen Diebstahls wird D. zu 2 Monaten und wegen schweren Diebstahls zu 5 Monaten, insgesamt zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 1 Monat Untersuchungshaft wird angerechnet. — Die Verhandlung gegen den Obersekretär L. hier wegen Uebertretung und Widerstandes wird vertagt, desgl. werden die Verhandlungen gegen den Matrosen B. und den Hausdiener K. vertagt. — Dem Schneidermeister J. hier wird zur Last gelegt, daß er zwei Anzüge nicht so wie verabredet geliefert habe. Die Staatsanwaltschaft hatte deswegen Anklage wegen Betruges erhoben. Der Angeklagte bestreitet entschieden die Absicht des Betruges. Das Gericht nimmt die Anklage als erwiesen an und verurteilt den Angeklagten zu einer Geldstrafe von je 1000 Mark aushilfsweise für je 150 Mark 1 Tag Gefängnis.

Schlichtungsausschuß. In der Sitzung am Dienstag den 29. August wurde verhandelt und beschlossen wie folgt: Der Matrose A. war von der Marinewerft Wilhelmshaven, Reffort 1, fristlos entlassen worden. Der Arbeiterrat der Marinewerft hat zu der fristlosen Entlassung die Zustimmung nicht erteilt und erhob beim Schlichtungsausschuß Einspruch mit dem Antrage, die fristlose Entlassung für ungültig zu erklären. Der Schlichtungsausschuß hielt den Einspruch durch Schiedsspruch für gerechtfertigt. Falls die Werft den Antragsteller nicht weiterbeschäftigt, ist dem Antragsteller eine Entschädigung in Höhe von $^{1}/_{10}$ des zuletzt bezogenen Jahresarbeitsverdienstes zu zahlen. — Der Wächter E. war vom Strombauressort der Marinewerft wegen Wachvergehens am 11. August 1922 zum 14. August gekündigt worden. Gegen diese Kündigung hat er rechtzeitig Einspruch beim Betriebsrat erhoben. Die Werft hat aber trotzdem die Kündigung nicht zurückgenommen. Im heutigen Termin beantragte der Antragsteller, die ausgesprochene Kündigung für ungültig zu erklären. Nach längerer Verhandlung wurde beschlossen, den Hausmeister des Strombauhafens als Auskunftsperson zu hören. Termin zur Vernehmung des Hausmeisters und weitere mündliche Verhandlung wird angesetzt auf Dienstag, 5. September, nachm. 6,30 Uhr. — 3. Der Angestelltenrat der Marinewerft hatte den Schlichtungsausschuß wegen Zahlung von Ueberstundenarbeit angerufen. Vor Eintritt in die mündliche Verhandlung beantragte der Vertreter der Werft Verweisung an den Zentralschlichtungsausschuß gemäß der Verordnung vom 14. Februar 1922. Dem Antrage wurde stattgegeben und die Streitsache durch Beschluß dem Zentralschlichtungsausschuß überwiesen. — Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, Zahlstelle Rüstringen-Wilhelmshaven, hatte den Schlichtungsausschuß wegen Lohnstreitigkeiten angerufen. Die Parteien beantragen im heutigen Termin, die Verhandlung auszusetzen, da sie vorerst in erneute Verhandlungen eintreten wollten. Falls keine Einigung zustande kommen sollte, wird neuer Termin zur Weiterverhandlung auf Dienstag den 5. September, nachm. 6,45 Uhr, angesetzt.

Oldenburg und Umgebung.

Oldenburg, 31. August.

Wie ein Landwirt sein Versprechen hält. Im Frühjahr 1922 traten die Landarbeiter auf dem Gut Hundsmühlen bei Oldenburg dem Deutschen Landarbeiterverband bei, um dadurch eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Einer der Knechte legte sein Verbandsbuch jedoch bald wieder auf die Seite, nachdem ihm von dem Gutsbesitzer Herrn Schöningh bzw. von seinem Verwalter versprochen wurde, seinen Monatslohn von 1000 auf 1500 Mark zu erhöhen. Zu seinem Schaden mußte er aber erfahren, daß sein Vertrauen auf das ihm gegebene Versprechen bitter getäuscht wurde. Statt Lohnerhöhung ist er zum 1. September gekündigt. Nachdem er nun den Verwalter und auch Herrn Schöningh an das Versprechen erinnert, wird er von beiden noch verhöhnt, indem der erstere ihm erklärt: Ja, wenn er bis 1. November geblieben wäre, dann hätte er den Lohn erhalten. Dabei wird er vorher an die frische Luft gesetzt. Mit solchen Mitteln arbeitet Herr Schöningh und sein Verwalter, Herr Schlange. Der letztere will anscheinend seiner Namensschwester Konkurrenz machen. Vorstehendes ist nur einer von vielen Fällen. Schon mancher Landarbeiter und Dienstbote ist auf Versprechungen seines Arbeitgebers hineingefallen. Erst versuchen diese, die Arbeiter aus der Organisation herauszulocken. Haben sie dies erreicht, dann sind alle Vergünstigungen, die sie ihnen versprochen hatten, vergessen. Spott und Hohn, zuletzt noch einen Fußtritt, das ist ihr Lohn.

Wie wird der Winter? Nach der Prognose der Wetterkundigen soll auf einen kühlen, überwiegend regnerischen Herbst bereits Ende Oktober—Anfang November eine stramme Kälte einsetzen. Sie soll aber nicht von langer Dauer sein, und die übrigen Wintermonate sollen im großen ganzen milde werden. Man schließt das u. a. aus dem erheblich verspäteten Abzug der Schwalben. — Andererseits haben wir in diesem Jahre die weit südlicher als sonst reichende Wanderung der Eisberge, die uns ein wahrhaft skandinavisches Klima gebracht haben. Vielleicht begnügen sie sich aber damit, uns einen heftigen Kältemonat zum Anfang zu senden, um uns dann in milderen Temperaturen unser Leben fristen zu lassen. Jedenfalls besteht die Hoffnung auf einen mäßigen Winter. Schon das erleichtert das bedrängte Herz — wenn auch nicht sehr erheblich.

Landestheater. Heute 1 Uhr mittags erlosch das Vorzugsrecht der vorjährigen Abonnenten für den Kammerspielring. Die Ausgabe des Abonnements erfolgt nunmehr bis Sonnabend. Morgen, Freitag, wird die neue Spielzeit mit „Kaufmann von Venedig" eröffnet. Zu dieser Vorstellung gelten die kleinen Kassenpreise.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Arbeiter-Jugend Rüstringen-Wilhelmshaven. Morgen Freitag Mädelabend. Bei gutem Wetter Einüben neuer Singspiele auf dem Sportplatz, bei schlechtem Wetter Zusammenkunft im Heim Mellumstraße.

Jungsozialistengruppe. Heute Donnerstag abend 8 Uhr im Parteisekretariat: Zusammenkunft. Vortrag über „Der Staat und die Grenzen seiner Wirksamkeit".

Hochwasser.

Freitag den 1. September: vorm. 8.35 Uhr, nachm. 9.20 Uhr.
Sonnabend den 2. September: vorm. 9.55 Uhr, nachm. 10.40 Uhr.
Sonntag den 3. September: vorm. 11.05 Uhr, nachm. 11.45 Uhr.

Wettervorhersage.

Morgen vielfach frische Winde aus südöst- bis westlichen Richtungen, wolkig, Regenfälle, strichweise Gewitter, Abkühlung.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schah, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Reklamiert und duellwütig.

Vor dem Hamburger Schöffengericht hatten sich wegen Aufforderung zum Zweikampf bzw. wegen Kartelltragens die deutschnationalen Bürgerschaftsmitglieder Oberlehrer Prof. Dr. Ridderhof und Physikus Dr. Hugo Hasche zu verantworten. In einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes der Deutschnationalen Partei im März hielt Amtsrichter Waege eine längere Rede, in der er u. a. Prof. Ridderhof vorwarf, er habe nichts getan, um seine Reklamation vom Heeresdienste während des Krieges zu bewirken, während nachgewiesen sei, daß Ridderhof selbst seine Reklamation erbeten habe. Prof. Ridderhof forderte in der Sitzung Amtsrichter Waege auf, seine Aeußerung zurückzunehmen, was dieser verweigerte. Einige Tage später suchte Dr. Hasche den Amtsrichter Waege in seinem Amtszimmer auf und legte ihm im Auftrage von Prof. Ridderhof die Frage vor, ob er seine Aeußerung zurücknehmen wolle, oder ob er bereit sein würde, seinen Standpunkt mit der Waffe zu vertreten. Amtsrichter Waege verhielt sich in beiden Beziehungen ablehnend mit den Worten: „Ridderhof habe 1914 bis 1918 Zeit genug gehabt, seinen Waffendrang zu beweisen." Nach der Vernehmung des Zeugen Amtsrichters Waege hält der Staatsanwalt die Anklage aufrecht, er beantragt gegen Dr. Ridderhof an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat 3000 Mark Geldstrafe, gegen Dr. Hasche an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Wochen 500 Mark Geldstrafe. Das Urteil des Gerichts lautet dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Berliner Allerlei.

Zwei Bilder großer sittlicher Verderbnis entrollten zwei Verhandlungen vor der Ferienstrafkammer beim Landgericht I in Berlin, in denen Ehemänner als Zuhälter ihrer eigenen Frauen angeklagt waren. In beiden Fällen waren es Leute, die den „besten" Kreisen entstammten und eine gute Erziehung genossen hatten. Der eine war der Sohn eines ehemaligen hohen Militärarztes. Dieser Angeklagte, der angebliche Ingenieur Hans Stapelfeld, hatte eine Angehörige der Berliner Lebewelt geheiratet, die Stammgast des „Palais de Danse" war und dort unter den Namen „Schwarze Lu" zahlreiche Verehrer und Freunde besaß. Bald nach der Ehe beschwerten sich die anderen „Palais-Damen" bei der Sittenpolizei, daß die junge Ehefrau ihnen sozusagen unlautere Konkurrenz mache. Nach ihren Angaben ginge sie nach wie vor auf den Männerfang aus, wobei ihr gefälliger Ehemann ihr das größte Entgegenkommen zeige. Die Beobachtungen der Sittenpolizei führten dann dazu, daß Stapelfeld wegen schwerer Zuhälterei verhaftet und angeklagt wurde. Stapelfeld bestritt aber, aus dem Ertrag der Liebesaffären seiner Frau seinen Lebensunterhalt gehabt zu haben und behauptete, daß er durch Zigaretten-, Pelz- und Juwelengeschäfte monatlich 15 000 Mark verdient und ein Vermögen von 70 000 Mark besessen habe. Aus dem beschlagnahmten „Kontobuch", das die fürsorgliche Gattin geführt hatte, ergab sich jedoch, daß sie das Palais täglich besucht und sich täglicher Einnahmen von 3000 bis 5000 Mark erfreut hatte. Das Gericht war der Meinung, daß der Angeklagte hiervor seinen großen Aufwand, zu dem seine Einnahmen nicht ausreichten, zum Teil bestritten habe. Es belieh es aber bei der verhältnismäßig milden Strafe von einem Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Der zweite Fall der Anklage wegen schwerer Kuppelei betraf einen gewissen v. Matolki, der angab, früher Bereiter gewesen sein zu wollen, aber niemals einer ordentlichen Beschäftigung nachgegangen war. Er hatte ein Mädchen kennen gelernt, das ein Verhältnis mit einem Legationsrat hatte. Als dieser nach Italien ging, veranlaßte er das Mädchen, von dem Legationsrat eine Abfindungssumme zu verlangen und heiratete sie dann. Die Ehe besteht seit 15 Jahren. Nach Angaben der Frau soll der Angeklagte sie aber vom ersten Tage der Ehe ab durch Drohungen und Schläge gezwungen haben, der Unzucht nachzugehen. Aus Angst vor den Gewalttätigkeiten ihres Mannes will sie das alles 15 Jahre lang geduldet haben. Er soll sie sogar, wie sie behauptet, eines Nachts, als sie noch von einer Unterleibsoperation kaum geheilte Schnittwunden hatte, bei eisiger Kälte aus dem Bett heraus auf die Straße durch Schläge hinausgejagt haben. Eines Tages erfuhr nun die Ehefrau, daß das Geld, das sie herbeischaffen mußte, von ihrem sauberen Ehemann mit einem anderen Mädchen verprakt wurde. Von Wut und Eifersucht getrieben, lief sie zur Polizei und erstattete Anzeige. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis.

Ein feines Konsortium.

Durch die Hamburger Zollbehörde wurde dort ein großer Farbenschmuggel aufgedeckt. Ein Konsortium von Hamburger Kaufleuten hatte sich zusammengetan und den Schmuggel mit Hilfe eines Zollbeamten unter Benutzung gefälschter Ausfuhrscheine inszeniert. Es sind von ihnen Farben im Werte von 6 Millionen Mark in das Ausland verschoben worden. Sechs Kaufleute und der unredliche Zollbeamte sind hinter Schloß und Riegel gesetzt worden. Der Fälscher der Ausfuhrscheine konnte bisher noch nicht verhaftet werden.

Der Schutzmann als Mörder.

Aus Berlin wird gemeldet: In der vorletzten Nacht wurde auf einem Grundstück in Schöneberg der Maurerpolier Hermann Puhlmann von der Berliner Kriminalpolizei erschossen aufgefunden. Eine Viertelstunde später wurden der Gewerkschaftsbeamte Fritz Saar und die Hotelangestellte Bertha Pesahl auf dem Wege durch die Vorbergstraße von einem Manne mit einer Pistole angefallen. Der erstere wurde durch eine Kugel am rechten Kieferknochen, die Pesahl am Kehlkopf verwundet. Der Schütze ist gleich darauf festgenommen und als Oberwachtmeister der Schutzpolizei Max Seßgeistellt worden. Aus sofort angestellten Nachforschungen konnte die Gemeinsamkeit des Täters in beiden Mordtaten einwandfrei nachgewiesen werden. Die Beweggründe sind noch ungeklärt.

Landesbibliothek Oldenburg

Dr. Oetker's

Einmache-Hülfe

einmacht. Dies ist das **einfachste, billigste** u. trotzdem **ausgezeichnete** Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften

Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Infolge der allgem. Teuerung

und der gewaltigen Steigerung unserer Betriebsunkosten müssen wir unsere werte Kundschaft hiermit erneut dringend bitten, die Brennmaterialien sofort bei Belieferung bzw. nach Eingang der Rechnung zu bezahlen, andernfalls wir uns mit Rücksicht auf die dauernd zunehmende Geldentwertung gezwungen sehen, die am Tage der Bezahlung gültigen Preise in Anrechnung zu bringen. (8565

Vereinigung der Kohlenhändler

von Wilhelmshaven, Rüstringen und Umgegend

Neues Operetten-Theater

Heute der lustige Schwank:

Der keusche Lebemann

Morgen

3 alte Schachteln

Große Operette in 3 Akten von Kollo.

Vorverkauf: Zig.-Handlung Zigota, Ecke Wilhelmstr. und Grenzstraße, Zig.-Geschäft Niemeyer, Bismarckecke Gökerstraße.

Eispalast

Wilhelmshavener Straße 35

Eröffnung

Freitag, den 1. Sept., abends 8 Uhr

Dem verehrten Publikum von Rüstringen und Wilhelmshaven zur gefälligen Kenntnis, daß wir in unserem früheren Lokale Central-Diele einen Eispalast errichtet haben. Das Unternehmen kann als nur erstklassig bezeichnet werden. Es bietet sich dem verehrten Publikum eine ganz besondere Gelegenheit, eine wirklich kunstvolle Arbeit zu sehen. Mächtige Gletschern und Gletscher sind an den Wänden angebracht. Eine wundervolle Nordpol-Landschaft verbunden mit herrlichen Lichteffekten geben dem Ganzen ein eigenheimelndes Gepräge 3250

Großes Orchester

Ia Künstler-Programm

Um gütige Unterstützung unseres neuen Unternehmens bitten höflichst

WILFRIED HESSE u. FRAU

Deutscher Verkehrstag.

Zu den Veranstaltungen, die anläßlich des ersten Deutschen Verkehrstages, der von heute ab in den Jadestädten stattfindet, getroffen sind, wird die gesamte Einwohnerschaft nochmals eingeladen. 1. **Heute** (Donnerstag) abend im **Rüstringer Rathauskeller: Geselliges Beisammensein** mit den bereits heute eingetroffenen Vertretern der Deutschen Verkehrsvereine. (Freier Zutritt). 2. **Morgen** (Freitag) abend im **Parkhaus** zu Wilhelmshaven: **Großer Empfangs- u. Unterhaltungsabend.** 3. **Sonnabend morgen** 7.45 Uhr ab Strandhalle: **Dampferfahrt nach Wangerooge.** Dort Besichtigung und Führungen. 4. **Sonntag morgen** 7.00 Uhr ab Bahnhof Wilhelmshaven: **Sonderzug nach Bremen.** Dort 9.30 Uhr vorm. in der „Union" (Ecke Wachtstraße und Tiefer): Verkehrsfilm-Vorführung mit Vorträgen: (Reise nach Amerika). 12.30 Uhr in der „Union": Eröffnung der Niederdeutschen Woche im Beisein des Reichspräsidenten und der Behörden. 4.30 Uhr nachm. in der „Union": Heimatfestspiel „Tausend Jahre Bremen". — Fahrkarten zum Sonderzug zum Preise von je 56 Mk. und Teilnehmerkarten, die zu allen übrigen, vorstehend genannten Veranstaltungen berechtigen, sind zum Preise von 75 Mk. im Verkehrsbureau (am Bahnhof) und im städt. Verkehrsamt Rüstringen (Rathaus Zedelusstraße, Zimmer 10) zu haben. 3565.

Der Verkehrsverein der Jadestädte.

Schauspielhaus. (früher Adlertheater)

Freitag, 1. September, 8.15 Uhr:

Eröffnungsvorstellung

Elga

Traumdichtung in 7 Bildern von Gerhart Hauptmann.

Gäste: Lotte Doerner von Nationaltheater Mannheim; Lothar Firmans v. Landestheater Oldenburg. Inszenierung: Arnold Neuweiler (Frankfurt a. M.)

Der Vorverkauf hat begonnen.

Verein Humor, Heppens

Sonntag, den 3. September:

Grosses Gartenkonzert

mit Kinderbelustigung, Feuerwerk und nachfolgendem Tanzkränzchen im **Heppenser „Bürgergarten".**

Anfang 4 Uhr.

Kinder ohne Eltern keinen Zutritt.

3660] **Das Komitee.**

Wilhelmshaven.

Sozialrentner.

Die Auszahlung der Rentenzuschüsse zu den Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten für den Monat September erfolgt unter Vorlegung des letzten Rentenbescheides am

Freitag, dem 1. September 1922,

vorm. von 9 bis 1 Uhr am Schalter unserer Kämmereikasse. 3056

Die Auszahlung der Zuschüsse erfolgt in Zukunft regelmäßig am 1. eines jeden Monats.

Wilhelmshaven, den 30. August 1922.

Der Magistrat. Wohlfahrtsamt. Rentner-Fürsorge.

Die unbefugte Ausübung der Jagd auf dem Sandgelände Cäcilengroden, Innen- und Außengroden wird bestraft. Zuwiderhandlungen werden zur Anzeige gebracht. Auf wildernde Hunde wird geschossen. **Die Wächter.**

Zu verkaufen

Deutscher Schäferhund, 10 M. alt, m. Stammb. zu verk. Bauterdach, Heppenser Batterie 26

Das echte Harlemer Öl z. Hab. i. Wilhelms. Sanitätshaus Gökerstraße 16, Hdl.: J. A. Stermann

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbett, pfl. an Priv. Kat. 55 U frei Eisenmöbel-Fabrik **Zubi i. Thür.** [9050

Bekanntmachung.

Wir machen unsere Strom- und Gasabnehmer darauf aufmerksam, daß nach den allgemeinen Lieferungsbedingungen jeder Mieter bzw. Hausbesitzer für Elektrizitätszähler, Gasuhren u. dergl. gemietete Einrichtungen haftbar ist. Es liegt daher im eigenen Interesse der Abnehmer, besondere Obacht auf die gemieteten Gegenstände zu geben, da jetzt im größeren Umfange besonders elektrische Umschaltuhren auf den Häusern gestohlen werden. (3562

Gas- und Elektrizitätswerke Wilhelmshaven - Rüstringen G. m. b. H.

Zukauf gesucht

Kaufe jeden Posten neue u. gebrauchte

Möbel!

W. Janken, Peterstr. 60, Ecke Grenzstr. Fernr. 607.

Kupfer, Blei

usw.

kauft zu höchsten Tagespreisen

Ernst Böwig, Gregorstraße 17 (Laden).

Platin-, Gold- u. Silberbruch

verkaufen Sie am besten beim Fachmann. Höchsten Tagespreis zahlt **R. Deutschmann** Goldschmiedemeister, Gerichtstraße 1.

Kaufe

Eisen, Blei, Zink, Lumpen, Flaschen u. sonstige Rohprodukte

zu höchsten Preisen.

Kramer, Grenzstr. 37.

Soeben erschienen!

Aus der Betriebsrätepraxis

Von Clemens Nörpel.

II. Teil.

Preis 70 Mark.

Der II. Teil enthält außer einer Spruchsammlung von Beschlüssen, Schiedssprüchen und Urteilen auf Grund des Betriebsrätegesetzes bis zum Monat Februar 1922, die Verordnungen vom 23. Dezember 1918, vom 12. Februar 1920 und vom 8. November 1920.

Die Sammlung ist aus einer fast unübersehbaren Zahl von Einzelfällen ausgesucht und nach Möglichkeit eine erschöpfende Darstellung der einzelnen Fragen erfolgt, soweit dies der Stand der Rechtsprechung zuläßt. Eine Fülle von grundsätzlichen Schiedssprüchen sind in dem Buche festgelegt, die es jedem als Betriebsratsmitglied Tätigen ermöglicht, sein Wissen auch auf diesem Gebiete zu vervollkommnen.

Paul Hug & Co., Rüstringen, Peterstraße 76.

Zu vermieten

Ab 1. September

Großer Eckladen

Peter- u. Schillerstraße billig zu vermieten. Peterstraße 86.

Stellenangebot

Zwei Kegelaufseher gesucht. — **Heppenser Bürgergarten.** [3542

Monteur

für Eisen-Konstruktion sofort gesucht. (3558

Eisenwerk Th. Raschke

Chr. Wiechmann

Gummistempel-Anfertigung

Werftstr. 4 **Rüstringen** Tel. 450

Einziger Hersteller

daher billigster Lieferant in

Rüstringen - Wilhelmshaven

Lieferung erfolgt in dringenden Fällen am Tage der Bestellung.

Erdbeer-Pflanzen

allerbste, in vielen Sorten, 100 Stück 50 Mk., 1000 Stück 400 Mk. Verpackung bitte mitbringen. **H. Hopken,** Erdbeer-Großpflanzung, **Zetel-Bohlenbergerfeld,** Fernspr. Amt Neuenburg 208

Lohnbeutel

(großes Format) mit Aufdruck fertigen schnell u. preiswert an **Paul Hug & Co., Rüstringen,** Peterstraße 76, Fernruf-Nr. 58.

Kaufmännischer Gesellschaftsklub Fidelitas

Sonnabend, 2. Sept., abends 8 Uhr, im großen Saale des Schützenhofes:

Grosser Gesellschaftsabend

verbunden mit Konzert, Gesang, Theater-Aufführungen und nachfolgendem Ball.

Wertvolle Verlosungen und sonstige Ueberraschungen.

DAS FEST-KOMITEE

Elysium! Jeden Freitag und Sonntag: Tanz.

Mieterverein für beide Jadestädte

Am Freitag, den 1. September, abends 8 Uhr im Saale des Werft-Speisehauses:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Neufestsetzung der Mitgliederbeiträge. — Vollzähliger und pünktlicher Besuch dieser Versammlung seitens der Mitglieder ist notwendig. **Mitgliedskarte legitimiert.**

3543] **Der Vorstand.**

Verschiedenes

Räumige Wohnung in Neuengroden Nr. 87 geg. Räumige in Rüstringen II zu tausch. gef.

25 25

25jährige Jubiläums-Feier

der Freiwilligen Feuerwehr Rüstringen I

am 9. und 10. September.

Programm:

Am 9. September, abends 7.30 Uhr: Fackelzug, anschließend Kommers und Festdölle in den Räumen des Schützenhofes und Odeons.

Am 10. Septbr., morgens: Wecken; nachmittags Festmarsch durch Rüstringen I, anschl. Uebung; 4 Uhr: Beginn des Volksfestes und der Festdölle; abends Feuerwerk.

Montags und Dienstags:

Volksfest.

Die Einwohner werden hierzu herzlich eingeladen. (3556

Der Festausschuß.

P.H.V.

Am 2. September:

Versammlung

Wichtige Tagesordnung Um zahlreiches Erscheinen ersucht [3543

Der Vorstand.

Klub Unterhaltung

Sonntag, 3. September:

Außerordentliche Versammlung!

Münchener Bürgerbräu!

Jed. Freitag ab 8 Uhr:

Preisskat

Begehrliche Preise.

Gambrinus-Krug

Ecke Peterstraße und Mezer Weg. Nähe des Friedrichsfehns

Waldschenke Schoot.

Gemütlicher Aufenthalt für Ausflügler. 40 Min. von Bahnhof Ostiem.

Füllenfleisch.

Herm. Burmeister, Adolfstr. 27, Tel. 1332.

Sozialdem. Wahlverein Schortens.

Sonnabend, 2. September, abends 8 Uhr bei Schütt, Heidmühle:

Versammlung

Vollzähliges Erscheinen erwünscht. (3547

Der Vorstand.

Preiswertes Angebot!!

Vollfetter Rahmkäse Pfd. 110.00 Mk.

Marmelade Pfd. . . . 25.00 Mk.

Salzgurken Stück . . . . 4.50 Mk.

Fritz Brandt

Ecke Peter- und Mitscherlichstraße. [3557

Strickjacken

Jumpers, Jäckchen, Kimonos (Kreilig), Kindergarnituren, Kopfschals und Mützen in allergrößter Auswahl.

Frieda Steinkopf, Inhaber Otto Reinhardt, Umenstraße 22.

Blexen

Habe mich in Blexen (Michaelis Hotel) als

prakt. Arzt

niedergelassen.

Sprechstunden werkt. 8—11. Tel. Nordenh. 157.

Dr. med. Kuhlmann.

Cäcilien-Gesangverein. Diese Woche **Sonnabend, 8 Uhr,** im Werftspeisehaus **Wiederholung des grossen Vokal-Konzerts** Nachfolgend Ball. Karten zu 5 Mk. ausschl. Steuer an der Kasse. Alles Nähere durch die Plakate **W'havener Liederkranz.**

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 203
36. Jahrgang

Beilage.

Donnerstag,
den 31. August 1922

Oldenburg und Ostfriesland.

Zum Verkehrstag.

In diesen Tagen weilen Vertreter auswärtiger Verkehrsvereine in den Jadestädten. Der Bund deutscher Verkehrsvereine hält seine Tagung ab und der erste deutsche Verkehrstag — Wilhelmshaven — Wangerooge — Bremen soll Gelegenheit geben, Fragen des Verkehrs zu erörtern. Daß daneben auch eine Anzahl geselliger Veranstaltungen zu Raum kommen, ist selbstverständlich. Die Bevölkerung der Jadestädte, insbesondere die Interessentenkreise, erkennen an, daß die Tagung in den niedergebrochenen Städten nicht so ohne Bedeutung ist. Aus eigener Anschauung werden wiederum Personen aus allen Teilen Deutschlands einen Ueberblick über das erhalten, was hier vorhanden ist und seiner ausgiebigen Verwendbarkeit entgegen harrt. Gerade die Verkehrsfrage ist von großer Bedeutung für die Jadestädte. Verständnis, volles Eingehen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Städte und der Bevölkerung bei den maßgebenden Instanzen ist dringend erforderlich. Erst gestern konnten wir feststellen, daß durch die beabsichtigte Einstellung des Verkehrs von zwei wichtigen Zügen ab 8. Oktober sich gezeigt hat, daß das nötige Verständnis noch nicht so vorhanden ist, wie wir es erwarten können. Die Jadestädte haben daher ein großes Interesse daran, alle Bestrebungen zu unterstützen, und an allem mitzuarbeiten, was geeignet ist, dem Verkehrswesen nicht nur im engeren Bezirk, sondern auch allgemein zu dienen. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Vertreter der auswärtigen Verkehrsvereine in den Jadestädten und wünschen ihrer Tagung den besten Erfolg. Nur gemeinsames Zusammenwirken und gegenseitige Unterstützung wird den Interessen der Allgemeinheit förderlich sein.

•

Zum Verkehrstag wird uns noch geschrieben: Die Empfangshalle des Wilhelmshavener Bahnhofs prangt im Fahnenschmuck zu Ehren der heute und morgen aus dem ganzen deutschen Reiche eintreffenden Vertreter der deutschen Verkehrsvereine, deren Zweck ja ist, am wirtschaftlichen Aufbau des darniederliegenden Reiches mitzuwirken durch möglichst gute Einspielung des gesamten Verkehrswesens. Diese gemeinnützige Tätigkeit sollte die gesamte Einwohnerschaft, insbesondere die Geschäftsleute und die Mitglieder der Verkehrs- und Badevereine, anerkennen durch rege Beteiligung an den einzelnen Veranstaltungen, die zu Ehren der Vertreter der Verkehrsvereine in den Jadestädten getroffen worden sind. Heute abend findet ein zwangloses Beisammensein mit den bereits heute eintreffenden Delegierten im Rüstringer Rathaussaal (Wilhelmshavener Straße) statt, und morgen im Parkhaussaal der große Empfangs- und Unterhaltungsabend, am Sonnabend morgen 7.45 Uhr ab Strandhalle Fahrt mittels Seebäderdampfers nach Wangerooge und Sonntag morgen 7 Uhr ab Wilhelmshavener Bahnhof mittels Sonderzuges Fahrt nach Bremen zur Eröffnungsfeier der Niederdeutschen Woche und der sonstigen Veranstaltungen. Teilnehmer und Fahrkarter für die Fahrt nach Bremen sind zu ermäßigtem Preis noch im Verkehrsbureau am Bahnhof und im Verkehrsamt Rüstringen (Rathaus Jeddeluusstraße, Zimmer 10) zu haben.

Moderne Sklaverei.

Obige Bezeichnung kann man im allgemeinen auf die Lehrverhältnisse anwenden, wie diese bei den meisten Kleinbetrieben und Handwerkern in Rüstringen-Wilhelmshaven bestehen.

Durch die Notlage der mangelnden Lehrstellen in hiesiger Gegend sind viele Eltern gezwungen, ihre Jungens bei Handwerksmeistern und Kleinbetrieben in die Lehre zu geben zu „jeder Bedingung", d. h. ohne eine entsprechende oder so geringe Geldentschädigung, daß bei der heutigen gesteigerten Lebenshaltung es einfach unmöglich ist, die Lehrlinge zu beköstigen, von Kleidung gar nicht zu reden.

Vielfach werden von den Eltern solche Lehrverhältnisse ohne Ueberlegung eingegangen und der Vertrag unterschrieben, ohne zu bedenken, ob sie diesen Vertrag auch einhalten können. Bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen, die sich stündlich und täglich noch steigern, ganz gleichgültig, ob der Dollar steigt oder fällt, kosten ein Paar Schuhe schon 2—3000 Mk., ein Anzug 4—6000 Mk., eine lumpige Bleifeder für die Gewerbeschule bis zu 24 Mark das Stück, von allen übrigen Sachen gar nicht zu reden. Wie man da einen oder mehrere Jungens in einer Familie in der Lehre halten kann, ohne jede oder nur ganz geringe Geldentschädigung, ist das Geheimnis der Meister.

Wenn dann die Eltern der Lehrlinge die Sache nicht mehr aushalten können und den Sohn aus der Lehre nehmen wollen, dann steht der Vertrag im Wege, der eingehalten werden muß, soll auch die Welt zerbrechen. Wird aber der Sohn trotzdem von der Lehrstelle zurückgehalten, dann findet sich auf Anrufung des Meisters (Röhrenbach) die Wilhelmshavener Polizei bereit, den Lehrling gewaltsam der Lehrstelle wieder zuzuführen, wie das kürzlich geschehen ist!

Wäre es nicht viel nötiger, die Polizei würde diese erbärmlichen Lehrverhältnisse zunächst erst mal prüfen, ob dieselben nicht so sind, daß es einfach den guten Sitten zuwider läuft, irgendjemand zuzumuten, solche Lehrverträge fortzusetzen, als sich den Herren Ausbeutern zu Spartakus-Diensten zur Verfügung zu stellen? Es ist höchste Zeit, daß sich die Eltern solcher Lehrlinge, für die derartige Verträge bestehen, darauf besinnen, statt die Kinder mit hungerndem Magen zur Arbeit zu schicken bzw. sich von der Polizei dazu treiben zu lassen, solche Verträge mit vierwöchiger Frist zu kündigen, was durchaus zulässig ist.

Krankenkassentagung.

Der Verband oldenburgischer Ortskrankenkassen hielt am 29. August seine ordentliche Jahresversammlung in der Union zu Oldenburg ab. Vertreten waren 16 Kassen mit rund 42 000 Mitgliedern durch 28 Delegierte. Die Rechnungsablage wies eine Einnahme von 6617,72 Mk., eine Ausgabe von 5224,00 Mk. aus. Dem Verbande sind 20 Kassen angeschlossen. Im abgelaufenen Geschäftsjahre haben außer der ordentlichen Versammlung zwei außerordentliche Versammlungen stattgefunden, die sich hauptsächlich mit Arztfragen und tariflichen Fragen der Kassenangestellten befaßten; außerdem hat der eingesetzte Tarifausschuß wiederholt getagt. Ein Antrag der Ortskrankenkasse Delmenhorst, den im verflossenen Jahre auf drei Jahre gewählten Vorstand neu zu wählen, da er seine Schuldigkeit nicht getan habe, wurde nach längerer Aussprache abgelehnt; dagegen wurde ein Antrag angenommen, einen neuen Vorsitzenden in der Ende September oder Anfang Oktober stattfindenden Versammlung in Anbetracht des zu wünschen übrig lassenden Gesundheitszustandes des jetzigen Vorsitzenden zu wählen. Bemängelt wurde, daß die Versammlung zu spät einberufen worden ist; infolgedessen konnten keine Anträge zu der am 3. September und folgende Tage in Karlsruhe stattfindenden Jahresversammlung des Hauptverbandes gestellt werden. Der Entwurf über die Neueinteilung der Unterverbände wurde alsdann in ihren wesentlichen Punkten besprochen, nachdem zuvor bedauert worden war, daß der Entwurf von der Zentrale den einzelnen Kassen zu spät zugesandt wurde. Bei der Neueinteilung wird die Provinz Hannover, Lippe und Oldenburg einen Unterverband bilden, der sich wiederum in Bezirksverbände im Bereiche der Oberversicherungsämter gliedert. Für jeden Unterverband ist eine Geschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer zu bilden. Betont wurde in der Aussprache einerseits, daß durch die Anstellung eines Geschäftsführers die Kassen, die sich sowieso schon in finanziellen Schwierigkeiten befinden, noch mehr belastet würden, andererseits wurde betont, daß eine ordnungsgemäße Geschäftsführung nebenamtlich nicht möglich sei. Den Vertretern zur Hauptversammlung wurde aufgegeben, sich vorher eingehend in die Materie zu vertiefen. Von einer Bindung wurde Abstand genommen. Der Verbandsbeitrag wurde von 12 auf 50 Pf. pro Mitglied und Jahr erhöht. Der Tarifausschuß setzt sich zusammen aus den Herren Koch-Oldenburg, Kottenbrink-Eversten, Ahlers-Jever und Fischer-Varel und der gleichen Zahl Vertreter der Angestellten. Als Delegierte zur Jahresversammlung des Hauptverbandes wurden gewählt: Toben von der Kasse Friesoythe und Menke von der Kasse Amt Jever. Gleichzeitig wurden die Kassen ersucht, auf eigene Kosten Delegierte zu entsenden. Als nächster Tagungsort wurde Oldenburg wiedergewählt. Unter „Verschiedenes" wurden Vorschläge gemacht, wie dem Niedergang der Krankenkassen gesteuert werden kann. Namentlich wurde ein verschärftes Kontrollsystem empfohlen. Bei der jetzt einsetzenden Arbeitslosigkeit sei dies notwendig, da ganz natürlich die Kassen mehr in Anspruch genommen würden. Es wurde empfohlen, ärztliche Vertrauenskommissionen, wie eine in Delmenhorst bereits besteht, sowie Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen zu bilden. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß durch Rückgabe der Arzneiflaschen die Krankenkassen Ersparnisse erzielen können. Die Aerzte sollen ersucht werden, bei mehrmaligen Verordnungen derselben Arznei auf dem Rezept den Vermerk zu machen, daß die Flaschen gereinigt in der Apotheke zurückzugeben sind. Andernfalls haben die Kranken die Flaschen selbst zu bezahlen. Die beiden Ortskrankenkassen und die Landkrankenkasse Oldenburgs planen ein diesbezügliches gemeinsames Vorgehen, durch eine Bekanntmachung in den nächsten Tagen werden die Mitglieder besonders darauf hingewiesen.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 31. August.

Warnung vor Zuckerwucher. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft macht darauf aufmerksam, daß der Preis für Inlandszucker seit dem 1. Juli auf 13 Mark ab Fabrik für das Pfund festgesetzt ist. Eine Erhöhung dieses Preises ist bisher nicht eingetreten und auch nicht beabsichtigt. Wer Inlandszucker zu den hohen Preisen des Auslandszuckers verkauft, macht sich eines schweren Vergehens gegen die Wuchergesetze schuldig. Das Reichsministerium hat die Landesregierungen aufgefordert, eine scharfe Polizeikontrolle über die Mißbräuche im Zuckerhandel auszuüben. — Hoffentlich wird diese Kontrolle auch durchgeführt.

pr. Ausgabe der Rentenquittungen. Die Ausgabe der Unfall-, Alters-, Invaliden-, Kranken-, Witwen- und Waisenrentenquittungen findet am Freitag den 1. September, vormittags von 8—1 Uhr, in der Rathausbaracke Bismarckstraße statt. Die Rentenempfänger haben ausgefüllte Quittungsformulare für den Monat Dezember mitzubringen.

Wem gehört der Hund? Junger Hund (gelb mit schwarzem Rücken) ohne Steuermarke ist Genossenschaftsstr. 111, I. zugelaufen.

Der Arbeitsmarkt. Am 23. August 1922 waren beim Arbeitsnachweis Rüstringen-Wilhelmshaven 51 offene Stellen für männliche und 179 für weibliche, insgesamt 230, gemeldet. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen betrug 178, die der weiblichen 210, insgesamt 388. Unterstützung wurde an drei männliche Arbeitslose in Wilhelmshaven gezahlt.

pr. Polizeihundprüfung. Der Polizeihundverein veranstaltet am Sonntag den 3. September, vormittags von 8½ Uhr ab, eine Polizeihundprüfung in der begrenzten Klasse. Anmeldungen werden noch bis Sonnabend den 2. September im Vereinslokal (Stadtkaffee, Ecke Börsen- und Grenzstraße) bei der Monatsversammlung entgegengenommen. Geld- und Ehrenpreise stehen zur Verfügung. Bei der am 16. Juli stattgefundenen Hauptprüfung gingen als Preisträger hervor: Offene Klasse: Aita, D. Sch., Führer Holdorf-Rüstringen, 292 P., vorzüglich, 1. Preis, Führerpreis und sild. Med.; Lotte, D. Sch., Führer Schreiber-Rüstringen, 282 P., vorzüglich, 2. Preis u. sild. Med.; Lux, D. Sch., Führer Riege-Rüstr., 275 P., sehr gut, 3. Preis u. Diplom der Stadt Wilhelmshaven; Luni, D. Sch., Führer Kocer-Rüstringen; Aliye, D. Sch., Führer Winter-Sande, 261 P., sehr gut, 5. Pr.; Abdo, D. Sch., Führer Grooth-Varel, 256 P., sehr gut, 6. Preis. — Begrenzte Klasse: Anka, D. Sch., Führer Graef-Varel, 226 P., sehr gut, 1. Pr. und Führer-Preis; Nella, D. Sch., Führer Engelbart-Varel, 191 P., gut, 2. Pr.; Flora, D. Sch., Führer Lammers-Rüstr., 178 P., genügend, 3. Pr. Sämtliche Preisträger erhielten außer hohen Geldpreisen einen Ehrenpreis und Diplom.

Postüberwachung im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Coblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann also jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres die Postüberwachung ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebietes eine Ueberwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfang eintreten. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen ganz von dem jeweiligen Belieben der Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben nicht machen. In letzter Zeit sind derartige Ueberwachungen be-

---

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge

15)

Anfangs wohl hatte der Fischer gezweifelt, ob Thorkel es ihm angetan, aber nach und nach wurde der Aberglaube mächtiger. Es gab Zaubersprüche und böse Menschen, die solche Künste verstanden. Thorkel hatte in seiner Sache sich an solche gewandt oder kannte solchen Bannfluch, und die alte Grete verstand sich darauf. Sie wußte, daß der Hund aus dem Hause müsse, der Hund, der Thorkels Geschenk war, den der Knabe liebte und Sigrid. Und wäre der Teufel nicht dabei gewesen, wie konnte das Tier den Weg ins Haus zurückfinden? Darin mußte es doch stecken. Der Hund mußte fort, es mußte so geschehen, wie Grete es geboten, und, indem er grimmig auf den beweglichen Sack schaute, preßte er seine Zähne zusammen und sagte mit Festigkeit: „So soll es sein und nicht anders. Wenn das Kind gesund wird, soll Sigrid Clas heiraten. Habe wohl immer gedacht, diesen gum Schwiegersohn zu nehmen, aber er ist ehrlich, und wenn er die Stelle am Torsfjord hat und ein schaukelndes Boot, ist nichts mehr zu sagen. Er kann mir auch Vorteile verschaffen bei dem Herrn Schiemann, was aber kann ein solcher Landläufer, wie der, den ich mit Recht aus dem Hause warf?"

Nach dieser Rechtfertigung lockerte Gullik sein Segel, denn der Wind wurde stärker und blies mehr nördlich. Das Boot flog jetzt rasch auf die Felsen von Sendöe los und dann daran vorüber ins Meer hinein, wo ganz außen noch eine hohe Klippe aus dem Wasser ragte. Das war Omen, wohin Gullik wollte. Nach beiden Seiten in der Ferne gab es schwarze Punkte auf den Wellen, das waren Fischerboote, die dort ihren Fang trieben, aber Gullik lief mit seinem Fahrzeug in einen kleinen Einschnitt am Felsen, deren es viele gab, und dann sprang er auf die Steine, zog die Jolle weit hinauf, ergriff den Sack und trug und schleppte ihn mit Mühe bis auf die Höhe der Klippe.

Kein Strauch und kein Halm war auf der Klippe zu sehen, wohin Gullik den Sack mit dem Seehunde geschleppt hatte. Zerrissen und ausgewühlt lagen die Felslager, zertrümmert und zerborsten von vieltausendjährigen Stürmen. Nur aus manchen Fugen wucherten schlaffige Fäden, die im Winde rasselten, und unten stöhnte das Meer, wenn es gurgelnd in die tiefen Höhlungen drang, die es in zeitlosen grimmigen Kämpfen geschaffen. Wenn Winterstürme wüteten, flog die Brandung über die Klippe fort, und zwischen den Felslagern senkten sich tiefe Löcher hinab, die von Eis und Schnee ausgefressen, zerbröckelt und zermürbt waren, und auf deren Grunde schlammiges Wasser dunstete. Zu einem solchen Loche schleppte Gullik den Sack, blieb dabei stehen und sah hinunter. Es war mehr als zehn Fuß tief, von allen Seiten steil und fast rund. Bartflechten hingen daran nieder bis auf die schwarze zitternde Flüssigkeit, die den Boden bedeckte.

Ein paar Augenblicke starrte Gullik vor sich hin, dabei falteten sich seine harten Hände zusammen, er stand in tiefen Gedanken. Darauf aber ließen sich seine Finger los, und langsam kamen die Worte über seine Lippen: „Es muß so sein, also mag es geschehen!" Und indem er mit der linken Hand nach dem Sacke griff, faßte seine rechte in die Tasche; er zog dort sein Messer heraus, ließ aber die Scheide darin stecken. Es war ein langes, scharfes Messer, wie es die Fischer zum Ausweiden der Fische bei sich führen. Mit einem Schnitt ist der stärkste Kabeljau damit von oben bis unten aufgerissen, die scharfe Spitze trennt ihm Kehle und Kopf. Gullik hielt es in seiner vollen Hand so gefaßt, wie es zu Stoß und Schnitt nötig war, und während er sich bückte und die Schnur vom Sacke zurückschlug, schlossen sich seine Finger fester um den Griff des Messers, als wollte er rasch sein blutiges Werk tun. Dann wühlte sich der graue, blöde Kopf des Seehundes aus der Umhüllung hervor, und die Freude, welche das Tier empfand, dem Gefängnis entronnen zu sein und den wohlbekannten Beschützer nun zu sehen, drückte sich in seinen glänzenden Augen und schnellen schmeichelnden Bewegungen aus. Er kroch zu Gullits Füßen, bickte zu ihm auf und leckte seine Hand. Das Gesicht des Fischers zuckte, das Messer zitterte in seinen Fingern, er hob den Arm auf und ließ ihn wieder sinken, er konnte es nicht vollbringen. Seinen Kopf richtete er zum Himmel empor, kreischend flogen die Seeschwalben über ihm, unter seinen Füßen stöhnte in den Höhlen die Brandung, als läge da ein Sterbender. Das mahnte ihn wieder an sein sterbendes Kind.

„Nein, nein," sagte er entschlossen und hart, „du mußt daran. Besser du, als er, Gott steh dir bei!" Und damit griff er dem Hund ins Genick, preßte ihn mit aller Kraft zusammen und zückte das Messer auf dessen Augen. Aber indem sein Arm niederfahren wollte, hörte er eine Stimme dicht neben sich, die ihn anschrie, und im Schrecken ließ er den Hund los.

Thorkel Ingolf stand dicht bei ihm; ein steres Entsetzen kam über den Fischer, und da er ihn ansehen wollte, vermochte er es nicht, er mußte die Augen niederschlagen. Thorkel sprach kein Wort, aber der Hund benutzte seine Freiheit, er kroch zu ihm hin, Schutz bei ihm zu suchen. Da fuhr ein grimmiger Zorn durch Gulliks Brust. Sein Arm mit dem Messer streckte sich, sein kaltes Gesicht schwoll an, er atmete schwer. „Bist du da, elender Kerl!" schrie er. „Hast noch nicht genug Unglück über mich gebracht? Willst deinen Herzenshund haben, mir die Plagegespenster weiter ins Haus zu bannen?"

„Wie sprichst du so, Gullik Hansen?" antwortete Thorkel. „Weißt du nicht, daß ich gern dir nur Liebes tun möchte?"

Der Fischer schwieg, seine Augen rollten noch immer. „Wie kommst du hierher," fragte er endlich.

„Das geht natürlich genug zu," sagte Thorkel. „Ich stand gestern dicht an deinem Fenster, als Grete dir riet, den armen Hund grausam zu martern und zu töten, damit Anders gesund werde. Ich wollte das nicht leiden, Gullik, wollte dir sagen, welche Sünde es sei, darum fuhr ich hierher auf die Klippe, noch ehe du kamst, und erwartete dich."

Gullik blickte noch immer finster. „Was schlichst du dich an mein Fenster?" fragte er.

„Auch das will ich dir sagen. Ich hatte am Abend vorher schon Sigrid ein Mittel für den Kranken gebracht, in Meldalsgaard hatte ich es für ihn bekommen. Es wird ihn gesund machen."

„Du brachtest ihm ein Mittel?" rief Gullik entsetzt. „Willst du ihn morden?"

„Sei verständig," sagte Thorkel. „Das Mittel ist von einem berühmten Doktor in Christiania und wird Anders wohltun, denn seine Krankheit ist sicherlich nichts, als wiederholtes, hartes Fieber. Gestern schon ist es danach fortgeblieben, heute wirkt es sicherlich noch besser. Der mir das Mittel gab, wird mit dir selbst sprechen, und du mußt den Doktor holen, was du gleich hättest tun sollen, statt der bösen alten Grete zu glauben, die so schlecht ist, wie ihr Sohn Clas."

Da fuhr Gullik auf, es war bald Aerger, bald Scham. „Schlitzt du ihn," drohte er, „du, der so viel Schlimmes tat und, was gute Leute dir boten mit Undank vergolten hat? Clas ist wacker, aber du — du gehst mit Schande und Lügen um!"

Thorkel blieb ruhig, doch sein Gesicht wurde ernst und seine Augen groß. „Wann hast du je gehört, daß ich lüge," antwortete er. „Nimmer wird Schande über mich kommen, hüte du dich davor und dich vor Clas. Du hattest ihn den Hund gegeben, ihn nach Langfjord zu bringen, dort traf ich ihn an, als er ihn eben mit dem Sack ins Wasser werfen wollte, damit er elend dabei umkomme. Da ich zu ihm sprang, stürzte er mich hinein, mitten zwischen den steilen Klippen von Röe, und noch glaubt er, daß ich tief unten bei den Trollen liege. Eilig machte er sich fort, nahm mein Fahrzeug mit und war sicher, mich erschlagen zu haben. Aber der Hund kam in die Höhe und ich auch. Ich brachte ihn aus dem Sack, und wir schwammen beisammen; die Ebbe half uns glücklich heraus bis nach Bedde. Dort ließ ich den Hund weiter schwimmen, ich wußte wohl, daß er den Weg zu dir zurückfinden würde; mehr als einmal war er früher schon mit mir in Langfjord gewesen. Ich aber ging weiter und die Nacht durch bis zum Morgen, wo ich nach Meldalp Gut kam. In den Gaard bin ich bis jetzt gewesen, ich kam zur rechten Zeit." —

Er schwieg ein Weilchen und setzte dann hinzu: „Du siehst wohl, das Clas Gorud ein böser Schelm ist, der keine schlechte Tat fürchtet. Seine Mutter hat den Plan gemacht, dich zu verlocken, durch Aberglauben und Bosheit mich von dir zu stoßen und zu verderben. Du sollst ihm Sigrid geben, mir will er meine Stelle nehmen, möchte auch wohl gern dein Erbe sein, wenn Anders stürbe; aber von dem allen wird nichts werden. Ich denke, du glaubst mir, Gullik Hansen."

Der Fischer antwortete nicht und regte sich nicht. Endlich blickte er Thorkel fest an und fragte: „Ist das alles wahr, Thorkel, ist es so geschehen?"

„Es ist kein falsches Wort darin," sprach Thorkel. „Willst du meine Hand jetzt nehmen?"

Gullik blickte ihn nochmals an, darauf hob er seine Hand. „Ich will," sagte er, „bei Gottes Wort! Ja, ich [illegible] dich nieder und laß uns reden."

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

sonders seitens der französischen Besatzungsbehörde ausgeübt worden. Wenn auch die Ueberwachung in den meisten Fällen nur einige Tage gedauert hat, so scheint sie doch infolge ihres unvermuteten Einsetzens Ergebnisse gezeitigt zu haben, die für die davon betroffenen Personen unangenehme Folgen haben können. Neben dieser offenen Postüberwachung, die den Empfängern der davon betroffenen Sendungen durch Verschlußstreifen bekannt wird, erfolgt zeitweise an einzelnen Stellen noch eine weitere heimliche Ueberwachung, ohne daß die ihr unterworfenen Sendungen äußerlich gekennzeichnet werden. Von der Geheimzensur werden besonders Sendungen von und an Behörden und von und an Handelsfirmen erfaßt. Derartige Fälle sind insbesondere bei der Zensurstelle, die die französische Besatzungsbehörde bei dem Postamt in Düsseldorf eingerichtet hat, und bei der von der belgischen Besatzungsbehörde in Duisburg eingerichteten Postüberwachungsstelle festgestellt worden. Aber auch Vorgänge bei anderen Zensurstellen haben die Annahme bestätigt, daß die Postüberwachung vielfach zu einer geheimen Handelsspionage ausgenutzt wird. Es ist daher dringend geboten, daß besonders Absender von Briefen nach dem Brückenkopf Düsseldorf größte Vorsicht beobachten und Mitteilungen, die den Besatzungsbehörden nicht bekannt werden sollen, nicht auf einem Beförderungswege an die Empfänger gelangen lassen, der die Sendungen der Gefahr einer Eröffnung durch die Besatzungsbehörden aussetzt. Auch bei Sendungen nach den übrigen Orten des besetzten rheinischen Gebiets müssen sich die Absender immer der geschilderten Sachlage bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

pr. **Landesamt für Volkshochschulen.** Dienstag tagte im „Anton Günther" zu Oldenburg das Landesamt für Volkshochschulen. Die Versammlung wurde durch einen Vortrag des Studienrats Dr. Kolshorn über die Jugendvolkshochschule eingeleitet. Vortragender empfiehlt, das heutige Volkshochschulwesen nach unten hin zu verlängern, indem auch Lehrgänge für 14—18jährige Personen geboten werden. — Frl. Ramsauer, die Leiterin des Volkshochschulheims Wangerooge, berichtete sodann über die Zusammenkunft der früheren Heimschülerinnen in Sandkrug, die 14 Tage gedauert hat und die den Zweck der Weiterbildung und der Erholung hatte. — Geschäftsführer Dr. Winters gab sodann den Geschäftsbericht. Er wünschte, daß die Bezirksämter sich künftig regsamer als bisher an den Bestrebungen beteiligen mögen. Einem Teil der Bezirksämter müsse offenbar frisches Blut zugeführt werden. Das Bezirksamt müsse die Bildungszentrale für den ganzen Bezirk sein. — Prof. Kluckhohn-Delmenhorst berichtete über die Tagungen, die in Lübeck, Lüneburg und Hamburg zwecks Gründung eines Niederdeutschen Volkshochschulverbandes stattgefunden haben. Der Vorstand wurde beauftragt, in dieser Sache der nächsten Versammlung Vorschläge über einen etwaigen Beitritt zu diesem Verbande zu unterbreiten. — Schatzmeister Hahlo berichtete über das Kassenwesen und über den Voranschlag. Das abgeschlossene Geschäftsjahr habe mit einem Fehlbetrag von 16 771 Mk. abgeschlossen. Der neue Voranschlag weise eine Einnahme von 366 000 Mark und eine Ausgabe von 481 741 Mk. auf, mithin sei ein Fehlbetrag von 115 741 Mk. vorhanden, der möglicherweise infolge der Geldentwertung sich noch steigere. — Pastor Siemens-Wangerooge regte im Hinblid darauf, daß es immer schwieriger werde, das Volkshochschulheim zu finanzieren, an, in den Städten und Bezirken sog. Halbtags-Volkshochschulen einzurichten. Auf dem Lande könnte der Unterricht in den Nachmittagsstunden, in den Städten in die Abendstunden gelegt werden. Auch diese Anregung wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. — Ganz allgemein wurde in der regen Aussprache, die den Berichten folgte, die Ansicht vertreten, daß größter Idealismus von allen Seiten nötig sei, um die Volkshochschulbewegung nicht zurückgehen zu lassen. — In den Vorstand, der aus Vertretern von oldenburgischen Vereinigungen und den Bezirksämtern besteht, wählte die Mitgliederversammlung satzungsgemäß fünf Mitglieder hinzu. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht und es schloß sich eine Vorstandssitzung an. In dieser wurden Pastor Lindemann als erster und Oberrealschuldirektor Dr. Müller als zweiter Vorsitzender, ferner Lehrer Jacobs als Geschäftsführer, sowie Studienrat Dr. Wieneke und Frl. Lüschen als Mitglieder in den Verwaltungsausschuß gewählt. Sodann wurden noch verschiedene Beschlüsse gefaßt.

„Elga" im Schauspielhaus. Das Schauspielhaus gibt am Freitag einen vielversprechenden Auftakt zu den theatralischen Ereignissen des Kunstwinters der Jadestädte mit einer Aufführung der Traumdichtung „Elga" von Gerhart Hauptmann, der gegenwärtig in Breslau anläßlich seines 60. Geburtstages die Ehrungen des literarisch interessierten Deutschland entgegennimmt. Für die hiesigen Aufführungen hat Direktor Herzog einen ganz hervorragenden Künstlerstab gewonnen. Der Spielleiter Arnold Reuweiler sucht durch feinsinnige Regiearbeit den unheimlichen, phantastischen Charakter der Dichtung zu vertiefen, so ist die dreigeteilte Bühne, eine szenische Neuerung, von besonderem Interesse, da sie pausenlose Szenenfolge gestattet und die Effekte unterstreicht. Das Werk bleibt ab Freitag für den Rest der Woche und für die kommende auf dem Spielplan.

Wilhelmshaven, 31. August.

Blumendiebstahl von Gräbern. In der letzten Zeit sind von den Gräbern auf dem alten Wilhelmshavener Friedhof an der Deichbrücke häufig Blumen gestohlen. Die Blumen sind unmittelbar über der Wurzel abgeschnitten und ist daraus zu schließen, daß sie zu Erwerbszwecken entwendet wurden. Wahrnehmungen, die zur Ermittelung der Täter führen können, sind bei der Kriminalpolizei zu machen. Die Bevölkerung sollte ganz allgemein auf solche Leute achten, die aus Gewinnsucht die Stätten der Toten ihres Schmuckes berauben.

Siebfahrtshindernis. Dampfer „Albatros" meldet drahtlos, einkommend von Hull nach Bremen: Auf 53 Grad 36 Min. Nord, 1 Grad 59 Min. Ost ist ein eben unter Wasser treibendes Wrack gesichtet. Gefährlich für Schiffahrt.

Sommerfest des Realgymnasiums. Das Rüstringer Realgymnasium feierte gestern, wie schon im Vorjahre, sein Sommerfest auf dem Außengroden in Rüstersiel. Um 12 Uhr mittags marschierte der Zug der Schulen unter Vorantritt einer Musikkapelle vom Schulgebäude ab. In Rüstersiel entwickelte sich nach Ankunft auf dem Groden das übliche Festtreiben. Nach einer Stärkung in den verschiedenen Lokalen bei Kaffee und Kuchen begannen die Vorführungen der verschiedenen Klassen. Zunächst turnerische Darbietungen, bestehend in Freiübungen und Turnen am Reck, Reigen. In bunter Folge wechselten dann Märchenumzug, mit den verschiedenen Gestalten aus unseren besten Volksmärchen, eine Szene aus Wallensteins Lager, der Ring des Polykrates und eine reizvolle Wasserpantomime, die bei den Kleinen und Kleinsten hellen Jubel auslöste. Den Schluß bildete wie im Vorjahre der „berühmte" Zirkus Lazaroni, dessen Darbietungen leider durch den einsetzenden Gewitterregen vorzeitig abgebrochen werden mußten. Alles in allem ein schönes Fest, das Schülern, Lehrern und Eltern noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Die deutsche Schule im abgetretenen Gebiet. Die Not der deutschen Schule in den abgetretenen Gebieten behandelte in Verbindung mit dem Verein für das Deutschtum im Auslande (Peterstraße 10) in einer Reihe von Vorträgen der frühere Lyzealdirektor Treutbromberg vor sämtlichen Volks- und höheren Schulen unserer Stadt. Eindringlich und packend schilderte der um die Erhaltung der deutschen Schule in der Ostmark sehr verdiente Redner aus eigenem Erleben heraus das furchtbare Elend, das dort mit der Abtretung über die deutsche Schuljugend hereingebrochen ist. In ganz kurzer Zeit hat man das blühende deutsche Volksschulleben in unseren Ostprovinzen in einen Trümmerhaufen verwandelt, hat dadurch viele Eltern zur Rückwanderung veranlaßt, vielen tausenden von Kindern, die im Lande blieben, überhaupt jede Schule geraubt. Unter unsäglichen Schwierigkeiten ist es geglückt, Notschulen aufzurichten und die deutschen Kinder wieder zu sammeln. 7000 von ihnen müssen ohne Lehrer aufwachsen und lernen weder schreiben noch lesen. Diese Not um die geistigen Volksgüter ist größere Not als die um die leibliche Nahrung, die uns hier allein drückt. An Beispielen schilderte der Redner die Lage der deutschen Schulen im Osten und sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß auch die Bevölkerung in den Jadestädten mithilft, die Not der deutschen Schulen zu lindern.

Luxusgenußmittel. Die Interessengemeinschaft deutscher Kakao- und Schokoladenfabriken G. m. b. H. in Dresden gibt die Richtpreise (Ladenverkaufspreise) für ihre Erzeugnisse bekannt. Die Preiserhöhung soll sofort Gültigkeit haben. Es kosten danach: Das Kilogramm Kakaopulver 600 Mark, Vanilleschokolade in Tafeln (40 v. H. Kakao, 60 v. H. Zucker) 64 Mark für 100 Gramm, Schmelzschokolade (50 Teile Kakao, 50 Teile Zucker) 78 Mark für 100 Gramm. Milchnußschokolade stellt sich auf 86 Mark die Tafel zu 100 Gramm. Die Schokolade, die in früheren Jahren ein richtiges Volksnahrungsmittel war, ist jetzt nur noch für reiche Schlemmer zu haben. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit hat an der Herstellung der Schokolade, wozu große Mengen Auslandszucker eingeführt werden, durchaus kein Interesse. Es wird wirklich Zeit, daß Maßnahmen ergriffen werden, um alles das vom Verbrauch auszumerzen, das nicht unbedingt als Volksnahrungsmittel angesprochen werden muß, oder zumindest mit einer für die Schlemmer wirkungsvollen Steuer zu belegen.

Kein Umtausch von Postkarten. Der Verkauf der Postkarten, Kartenbriefe und Postanweisungen mit dem Wertstempel des Germaniabildes wird ebenfalls, wie der der Freimarken dieser Ausgabe, Ende September eingestellt. Nach diesem Zeitpunkt in den Händen des Publikums befindliche derartige Vordrucke sowie auch Briefumschläge und Streifbänder mit eingedrucktem Wertstempel sollen mit Rücksicht auf ihren hohen Herstellungswert aufgebraucht werden dürfen. Ein Umtausch erfolgt deshalb nicht.

Achtet auf Zähler und Gasuhren. Die Gas- und Elektrizitätswerke weisen darauf hin, daß nach den allgemeinen Lieferungsbedingungen jeder Mieter bzw. Hausbesitzer für Elektrizitätszähler, Gasuhren und dergl. gemietete Einrichtungen haftbar ist.

Diebstähle. In den letzten Tagen wurde vom Güterbahnhof eine Kiste Schmalz (29 Kilo) gestohlen. Dieselbe war gezeichnet: H. B. u. Co. und trug die Nummer 2120. — Aus einem Hause an der Bismarckstraße sind drei Fußmatten, zwei aus Kokos und eine Filzmatte mit rotem Streifen am Rand, gestohlen. Sachdienliche Angaben sind bei der Kriminalpolizei zu machen.

Viehschlachtungen. Trotz der hohen Viehpreise ist in diesem Jahre mehr Vieh geschlachtet worden als im letzten Jahre. Die statistischen Zusammenstellungen ergaben für den Regierungsbezirk Aurich, daß im zweiten Vierteljahr 1922 im ganzen 109 (1921: 81) Pferde, 1097 (1068) Bullen, Ochsen und Kühe, 2934 (2477) Jungrinder und Kälber, 3695 (2968) Schweine, 4756 (3326) Schafe und 151 (61) Ziegen zur Schlachtbank geführt wurden. Man sieht also, daß mehr Tiere geschlachtet sind, trotzdem die Fleischpreise in außergewöhnlicher Weise stiegen und es für den gewöhnlichen Sterblichen fast ausgeschlossen ist, Fleisch auf dem Tisch zu sehen. — Das geschlachtete Fleisch ist meistens nach den Inseln oder nach dem Industriegebiet abgeschoben worden.

Aus dem Lande.

Schortens. Parteiversammlung. Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Schortens findet am Sonnabend den 2. September, 8 Uhr abends, bei Schütt in Heidmühle statt, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen wird.

Nordenham. Fünf Millionen Anleihe. Wiederum zwei Millionenanleihen beschloß das Stadtratskollegium. Zwei Millionen Mark wurden als Anleihe zur Deckung der Kosten für neue Wohnungen, drei Millionen Mark als Anleihe für laufende Rechnung bewilligt. Die Deckungsfrage konnte noch nicht gelöst werden. Aber schließlich geht es ja allen deutschen Städten und Gemeinden ähnlich.

Hude. Nicht weit gekommen. Am hiesigen Bahnhof wurde ein Mann aus dem Zuge heraus verhaftet, der in Brake ein vollständiges Bett entwendet hatte und als Gepäckstück mitführte. Das Diebesgut konnte unversehrt dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

Kirchkimmen. Folgen eines Diebstahls. Aus dem Pressersaum der Ziegelei des Knabe wurden nachts vom Gerüste vier lederne Treibriemen im Werte von 200 000 Mark gestohlen. Durch den Diebstahl der Riemen ist der Betrieb teilweise stillgelegt worden.

Aurich. Beschädigt. Ein Minensuchboot liegt zurzeit im hiesigen neuen Hafen. Das Boot erlitt auf einer Kanalfahrt einen Ruderschaden und bleibt hier liegen, bis ein größeres Ersatzteil aus Wilhelmshaven herangeschafft ist. Es handelt sich um ein Minensuchboot des Typs F, die die Minenräumarbeiten in sicheren Gewässern besorgt haben.

Emden. Unsinnige Hamsterei. Ueber die wilde Hamsterei, die sich geldkräftige Kreise in den letzten Tagen leisteten, werden die tollsten Dinge erzählt. Da sind Leute zu den Schuhwarenhändlern gekommen und haben die Schuhvorräte zu erleichtern gesucht, indem sie Schuhe, gleichviel ob sie paßten oder nicht, gleich in mehrfacher Anzahl, 4 bis 6 Paare, kaufen wollten. Die Preise bewegten sich zwischen 3500—4500 Mark. Einsichtige Geschäftsinhaber haben solchen Hamsterversuchen nicht stattgegeben. Daß durch ein solches Gebaren das Preisniveau natürlich künstlich noch gesteigert worden ist, ist wohl jedem klar. Rationierung kommt zu spät. Vernunft! Rücksicht! Das allein kann helfen.

Dr. Bahr's Zahnpulver, No. 23"

Erprobtes Mittel um die Zähne gesund und weiß zu erhalten.
Zahnsteinlösend; desinfiziert die Mundhöhle.
Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta.

In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Ein reaktionärer Raub.

Wenn heute nationalistische Veranstaltungen eingeleitet, begleitet und geschlossen werden durch immer wiederholtes Absingen des Hoffmannschen Liedes „Deutschland, Deutschland über alles", so ist das ein Hohn auf den toten Dichter, wie er nicht schroffer und verlogener gedacht werden kann. Denn Hoffmann von Fallersleben war ein guter und ehrlicher Republikaner, ein Vorkämpfer der ersten deutschen Volkserhebung von 1848, kurz, ein Mann, auf dessen Wirken Schillers „In tyrannos!", nicht aber das „Heil dir im Siegerkranz" der deutschen Monarchisten anzuwenden ist. Zeit seines Lebens hat der Dichter den Rückschritt gehaßt und bekämpft, leidenschaftlich ist er eingetreten für die Erfüllung der fürstlichen Versprechungen, „ihren Völkern" nach den Freiheitskriegen von 1813 eine freie Verfassung zu geben, und sein glühender Haß galt den Königen und Herzögen, die, nachdem ihre Untertanen für sie gekämpft und geblutet hatten, ihre feierlichen Eide schmählich brachen. Noch aus dem Grabe heraus würde er sich heute dagegen verwahren, wenn er die Leute zu sehen vermöchte, die sein Lied schänden, sein Lied, in dem er über die kleinstaatliche Potentaterei hinweg ein einiges Deutschland ersehnte und die Worte sprach von „Einigkeit und Recht und Freiheit, die des Glückes Unterpfand sind" und wahrlich von niemandem unwürdiger vertreten werden, als von den Männern um Wulle, Reventlow und Claß, die frech genug sind, sie ununterbrochen im Munde zu führen.

Als Hoffmann von Fallersleben in Breslau als Professor an der dortigen Universität wirkte und seine „Unpolitischen Gedichte" bei Hoffmann u. Campe erscheinen ließ, da verbot das königlich preußische Ministerium für den gesamten Bereich der Monarchie alle Erscheinungen dieses Verlages und enthob, namentlich beeinflußt durch den reaktionärsten aller Kultusminister, Herrn Eichhorn, den Dichter seiner Stellung ohne Pension. Kein Heim mehr besitzend und unter den schwersten materiellen Sorgen leidend, durchirrte er Deutschland, aber nicht einen Augenblick hörte er auf, zu kämpfen und „bereit, für die Freiheit alles zu wagen," seine ganze Persönlichkeit einzusetzen für die Errettung des Vaterlandes aus innerpolitischer Knechtschaft. Und unerschütterlich war auch sein Glaube, daß dermaleinst die Freiheit siegen würde im Sinne der Freiligrath-Verse: „Die Freiheit ist die Republik" und nach dem prophetischen Worte Ernst Moritz Arndts über die Farben schwarz-rot-gold, daß wir „aus schwarzer Nacht durch rotes Blut empor zur goldenen Freiheit schreiten".

Wohl ist das „Deutschland, Deutschland über alles" namentlich im Auslande gedeutet worden als eine Anmaßung und als die Ausgeburt alldeutschen Eroberungsdollers. Allein nicht dachte der Freiheitskämpfer weniger. Das Deutschland, das „über alles in der Welt" sein sollte, war ein Vaterland des Rechtes, die geweihte Stätte höchster Bürgerfreiheit, kurz, die Staatsgründung eines Volkes, das nach dem dritten Verse des Liedes aufgebaut sei auf „Einigkeit und Recht und Freiheit". Immer und immer wieder hat Hoffmann von Fallersleben den Ungeist des Kasernenhofes gegeißelt und auf den „Korporalstock" gescholten, unter dem vornehmlich das preußische Volk seit Jahrhunderten gestanden hätte. Und als die Luft in den vierziger Jahren von Kriegsgeschrei erfüllt war, da sprach er ein bitteres: „Wofür?

„Für Fürstenwillkür, Ruhm und Macht
Für Schlacht?
Für Hofgeschmeiß und Junker hinaus
Zum Strauß?
Für unseres Volks Unmündigkeit
Zum Streit?"

Ein Prophet dessen, was kommen mußte, schrieb er nach dem Zusammenbruch der Revolution von 1848 die Worte: „Die Idee der Freiheit wird trotz aller Reaktion doch zur Verwirklichung kommen. Unser wird der Sieg, und wenn auch nicht heute und morgen, so doch einmal!"

Er hat recht behalten: Das deutsche Volk, „einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern", hat sich in Weimar heute vor drei Jahren eine Verfassung gegeben, die den Hoffmannschen Idealen entspricht. Das Deutsche Reich ist eine Republik geworden, und die Staatsgewalt, die einst in den Händen eines Kaisers und Königs lag, geht vom Volke aus. Den toten Vorkämpfer demokratischer Ideale zu ehren und einen Bann der Reaktion zu entreihen, der nach der Sinnesart seines Verfassers und der Richtung seines Inhalts niemals der Barditus alldeutscher Radaubrüder, wohl aber das freiheitsfrohe Lied jedes ehrlichen Republikaners ist, das scheint gerade am Gedenktage von Weimar eine erhabene Aufgabe!

Es geht nicht an, daß die Kreise des deutschen Volkes, die nicht die Einigkeit, sondern bunticheckigen Fürsten-Föderalismus erstreben, deren Freiheitsideal die Knechtschaft des Kasernenhofes, deren „Recht" die Aufrechterhaltung des schroffsten Klassenstandpunktes ist, noch länger die Sänger eines Liedes sind, dessen herrlichste Strophe lautet:

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland,
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand —
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland!

Künstliche Liebe in Japan.

Wer die Geishas aus Pierre Lotis Operette „Geisha" oder aus Erzählungen von Seeleuten kennt, ist sofort enttäuscht.

Sie sind kleine, abgequälte, hilflose Frauen, richtiger noch Kinder. Eine dreißigjährige Geisha ist eine Greisin. Eintretend ins Zimmer, lächelt die Geisha, bückt sich, dienert bis zur Erde und setzt sich auf die Fersen vor ein niedriges Tischchen. Auf dem letzteren stehen Tee ohne Zucker, Bisquits und Getränke für Extrabezahlung.

Das Lächeln erkaltet auf ihrem Gesicht und bleibt darauf, solange nicht die dreisaitigen Gitarren gerissen werden. Wenn die Geisha alt ist, tanzt sie nicht mehr, sondern spielt. Die Töne der Gitarre machen das Gesicht der Geisha ernst, fast traurig, mit diesem Ausdruck gehen alle Tänze vor sich, zuerst rhythmisch bedächtig, dann schneller, abgerissener, mit Zigeunermelodien.

Das Gesicht behält seinen ernsten, traurigen Ausdruck bei, aber die Geisha selbst verändert sich während des Tanzens: das halb tote Wesen wird mit einmal lebendig, es wird stark in seiner Gestalt, die durch Jahrhunderte berechnet und durchgearbeitet ist, beinahe tyrannisch. Nur das Gesicht bleibt leblos. Wenn Tanz und Gesang zu Ende sind, reicht man eine Rechnung mit einer Marke, fünf Yen für je eine Geisha, dienert ehrfurchtsvoll, nimmt Trinkgeld und begleitet zum Ausgang.

Die Geisha wird in einer besonderen Schule vom 6./7. bis zum 12./13. Lebensjahre ausgebildet. Mit dreizehn Jahren ist eine jede Japanerin erwachsen. Man bringt ihnen nicht allein das Tanzen und Singen, sondern auch vor allem gute Manieren bei. Was von der Geisha hauptsächlich verlangt wird, das ist, dem Gaste zu Diensten, ihm angenehm zu sein.

Die Geisha ist nicht unbedingt eine käufliche Frau, sie ist keine Prostituierte. Das ist so an einer anderen Stelle, in Yoshivara.

Dieses erinnert wirklich an den „Foltergarten" von Octave Mirbeau. Es scheint fast ein Teil von ihm zu sein, obgleich das nicht China und in China nichts derartiges ist, wie es Mirbeau schildert.

Die ganze Stadt besteht aus zwei bis drei Stock hohen Papierhäusern. Von der übrigen Welt ist sie durch eine Mauer getrennt, vor deren Eingang eine Polizeiwache steht. Die Frauen werden hier vertragsweise verkauft, mindestens auf drei Jahre. Während der Kontraktzeit ist die Frau der buchstäbliche Sklave ihres Käufers. Das ganze Geld, das die Frau verdient, erhält der Hauswirt, die Frau selbst erhält nur die Kontraktsumme. Es handelt sich nicht immer um verkommene Frauen. Sehr oft verkauft sich eine Jungfrau, um ihre Familie von der äußersten Not zu befreien, nach Yoshivara. Manchmal sammelt ein Mädchen auf diese Weise eine Mitgift für die kommende Heirat!

Das Leben in Yoshivara beginnt mit dem Untergang der Sonne. Zu beiden Seiten der Straßen der Stadt, links und rechts, sind die Häuser erleuchtet. In jedem Hause sitzen am Eingang hinter einem Gitter, in hell erleuchteten Käfigen, unzählige Frauen. Ein jedes Haus hat seine Farbe, seine Form. In leichten Kimonos, gefärbt, mit wunderlichen Haarfrisuren, kleine japanische Pfeifen rauchend, sitzen sie auf den Fersen und warten auf die Käufer. Diese drängen sich vor den Käfigen herum und betrachten die Frauen wie Tiere. Der Hauswirt steht dabei, lobt sein Ware und verspricht Preisabzüge. Der Haufen der Männer nennt von einem Haus zum anderen, zeigt auf die Frauen mit Fingern, ruft sie an das Gitter heran, spricht mit ihnen und geht weiter in der Suche nach besserer Ware . . .

Ein wilderes Schauspiel ist kaum auszudenken. Japan soll von seiner europäischen Kultur schweigen, solange Yoshivara besteht.

Eine Frau, die kontraktmäßig in ein solches Haus geraten ist, darf nicht vor Ablauf der Frist fortgehen. Wenn sie trotzdem fortgehen würde, zwingt sie das Gesetz zur Rückkehr. Für die Kontraktzeit ist sie das Privateigentum des Unternehmers, und keine Frauenrechtsgesellschaften oder andere Vereine dürfen sich in seine Handelsaffären einmischen. Vom japanischen Standpunkte genommen bedeutet eine jede Einmischung ein Attentat auf das Recht des Privateigentums.

(Aus dem demnächst erscheinenden Buche des Verfassers „Vaudoiscum". Berechtigte Uebersetzung von Wilhelm Berger.)

Landesbibliothek Oldenburg